

Vertrag
über
Totalunternehmerleistungen

hinsichtlich des

**Neubaus des Funktionsgebäudes im Nachwuchsleistungszentrum
auf dem Campus Hiltroper Straße 240 in Bochum**

zwischen

der

Bochumer Sportstätten Besitzgesellschaft mbH

Viktoriastraße 10, 44787 Bochum,

vertreten durch den Geschäftsführer Ralf Meyer

- im Folgenden „**Auftraggeber**“ genannt

-

und

der

[...]

[**Anschrift**]

vertreten durch [...]

- im Folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt –

- Auftraggeber und Auftragnehmer nachfolgend

zusammen die „**Vertragsparteien**“ genannt -

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
1. Gegenstand des Vertrages	3
2. Vertragsbestandteile	3
3. Leistungsumfang	4
4. Ausführung der Leistung	8
5. Leistungsänderungen	11
6. Mitwirkung des Auftraggebers	13
7. Ausführungsfristen	14
8. Betretungsrechte und Baustellenbesichtigungen	15
9. Vertragsstrafe	16
10. Vergütung	16
11. Abrechnung und Zahlung	17
12. Abnahme	19
13. Mängelansprüche	21
14. Gefahrtragung, Versicherungen und Haftung	23
15. Sicherheiten	24
16. Kündigung	25
17. Leistungsverweigerungs- und Zurückbehaltungsrecht	27
18. Urheberrecht, Nutzung, Verwertung und Änderung der Planung	27
19. Nachunternehmereinsatz	28
20. Abtretung	29
21. Veröffentlichungen/Werbung	30
22. Verschwiegenheit	30
23. Bundesdatenschutzgesetz	30
24. Schlussbestimmungen	31

Anlagen

Anlage 01	10. Funktionale Leistungsbeschreibung vom 19.05.2026 einschließlich aller Anlagen („FLB“)
Anlage 02	NEP-Liste für belastete Materialien und Schadstoffe
Anlage 03	Schnittstellenliste vom 19.05.2026
Anlage 04	Liste Unterlagen und Nachweise zur Abnahme
Anlage 05	Nachweis zur Eignung Nachunternehmer sowie Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW

Präambel

Die Bochumer Sportstätten Besitzgesellschaft mbH („BoSB“) ist Eigentümerin des Campus Hiltroper Straße sowie der angrenzenden Flächen und Sportanlagen an der Hiltroper Straße 240 in Bochum. Diese Einrichtungen sind im Rahmen eines Pachtvertrages an den VfL Bochum 1848 GmbH & Co. KGaA („VfL“) verpachtet.

Um eine zukunftsorientierte Jugendarbeit des VfL zu ermöglichen, wird der Campus Hiltroper Straße durch den Auftraggeber umfassend modernisiert. Teil dieser Modernisierung und Sanierung ist die Neuerrichtung eines Funktionsgebäudes.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Vertragsparteien Folgendes:

1. Gegenstand des Vertrages

Der Auftraggeber beabsichtigt auf dem Gelände Hiltroper Straße 240,
Gemarkung Grumme,
Flur 3 Flurstück 327

ein Funktionsgebäude für das Nachwuchsleistungszentrum („NLZ“) neu zu errichten, nachfolgend „Bauvorhaben“ genannt.

Gegenstand dieses Vertrages ist die vollständige weitere Planung, die Einholung sämtlicher Genehmigungen sowie die Erbringung aller Totalunternehmerleistungen, die für die schlüsselfertige, uneingeschränkt funktionsgerechte und betriebsbereite Ausführung des Bauvorhabens entsprechend diesem Totalunternehmervertrag und allen Vertragsbestandteilen erforderlich sind.

2. Vertragsbestandteile

- 2.1. Für diesen Vertrag gelten insbesondere die folgenden Vertragsbestandteile:
 - 2.1.1. die Bestimmungen dieses Totalunternehmervertrages;
 - 2.1.2. die Funktionale Leistungsbeschreibung vom 19.05.2026 einschließlich aller Anlagen („FLB“) (Anlage 01);
 - 2.1.3. NEP-Liste für belastete Materialien und Schadstoffe (Anlage 02);
 - 2.1.4. die Schnittstellenliste (Anlage 03);
 - 2.1.5. die Liste Unterlagen und Nachweise zur Abnahme (Anlage 04);
 - 2.1.6. der Nachweis zur Eignung Nachunternehmer sowie Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW (Anlage 05);
 - 2.1.7. die Regelungen der VOB/C, mit Ausnahme der Hinweise für das Aufstellen der Leistungsbeschreibung und der Abrechnungsregelungen (Rubriken 0 und 5);
 - 2.1.8. alle Euronormen (EN) und DIN-Normen des Deutschen Instituts für Normung e. V. sowie die Gelbdrucke der DIN-Normen, Letztere vorrangig vor den DIN-Normen, ferner die VDI-, VDE- und VdS-Vorschriften, die Arbeitsstättenverordnung/Arbeitsstättenrichtlinien (jeweils in der Fassung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses), die Bestimmungen des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfachs (DVGW), die Trinkwasserverordnung, die GEG, Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton, die Unfallverhütungsvorschriften, alle TÜV- und gewerblichen Vorschriften, die technischen Baubestimmungen der Bauaufsichtsbehörden sowie alle bundes- und landesrechtlichen Gesetze und Verordnungen, die das Bauvorhaben betreffen.
 - 2.1.9. die Regeln der Architekten- und Ingenieurkunst;

- 2.1.10. die allgemein anerkannten Regeln der Technik/Baukunst;
- 2.1.11. die Regelungen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG);
- 2.1.12. die Anschlussbedingungen der örtlichen Versorgungsträger und der Gas-, Wasser-, Fernwärme- und Stromversorgungsunternehmen.
- 2.1.13. für Bauleistungen im Sinne des § 1 VOB/A: die Regelungen der VOB/B, in der bei Vertragsabschluss geltenden Fassung;
- 2.1.14. das Werkvertragsrecht des BGB (§§ 631 ff.) einschließlich der Regelungen zu Bau-, Architekten-, und Ingenieurverträgen (§§ 650a ff., 650p ff.) mit Ausnahme des § 650e BGB.
- 2.2. Von den Regelungen dieses Vertrages und seiner Vertragsbestandteile abweichende Angebotsbedingungen sowie sonstige Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, Vorverträge oder sonstige nicht unter Ziffer 2.1 aufgeführte Vertragsbestandteile werden nicht Inhalt des Vertrages. Dies gilt ausdrücklich auch dann, wenn in Angeboten des Auftragnehmers, der geführten Korrespondenz oder in sonstigen Unterlagen auf solche Bezug genommen wird.
- 2.3. Die Vertragsbestandteile ergänzen sich gegenseitig und sind im Sinne eines sinnvollen Ganzen zu verstehen. Ist eine Leistung in einem vorrangigen Vertragsbestandteil nicht aufgeführt, jedoch in einem nachrangigen Vertragsbestandteil genannt, gehört sie zum Leistungsumfang des Auftragnehmers nach diesem Vertrag; es besteht kein Widerspruch oder eine Unstimmigkeit. Ein Widerspruch oder eine Unstimmigkeit bestehen nur dann, wenn Anforderungen und/oder Leistungen in den Vertragsbestandteilen ausdrücklich unterschiedlich definiert sind. Der Auftragnehmer kann sich nicht darauf berufen, dass einzelne Leistungen, die zu seinem Auftragsumfang gehören, nicht besonders aufgeführt sind.
- 2.4. Sollte es dennoch zu ausdrücklichen Widersprüchen, Unstimmigkeiten und Unklarheiten, die sich zwischen den Vertragsbestandteilen ergeben, kommen, ist die in Ziffer 2.1 aufgeführte Reihenfolge der Vertragsbestandteile sogleich deren Rangfolge. Innerhalb der Anlagen gehen jüngere Dokumente den älteren Dokumenten vor.
- 2.5. Der Auftragnehmer bestätigt hiermit, dass er die in 2.1 aufgeführten und ihm vorliegenden Vertragsbestandteile und die sonstigen Vertragsbestandteile vor Unterschrift auf Vollständigkeit und mögliche Widersprüche überprüft hat, soweit er diese erkannt hat. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber auf etwaige bislang nicht erkannte Unklarheiten oder Widersprüche zwischen den Vertragsbestandteilen hinzuweisen, sobald der Auftragnehmer diese erkennt. Der Auftraggeber wird nach seinem billigen Ermessen (§ 315 BGB) etwaige Unklarheiten oder Widersprüche beseitigen. Ansprüche des Auftragnehmers auf eine Anpassung der Bauzeit oder der Vergütung sind unabhängig von einer tatsächlichen Kenntnis des Auftragnehmers bei objektiv erkennbaren Unklarheiten und Widersprüchen ausgeschlossen, sie bleiben dem Auftragnehmer jedoch bei objektiv nicht erkennbaren Unklarheiten oder Widersprüchen vorbehalten.
- 2.6. Dem Auftragnehmer sind die Örtlichkeit und Verkehrsanbindung des Projektgrundstücks bekannt (siehe Anlage 01). Der Auftragnehmer sichert ferner zu, dass er in der Lage ist, das Bauvorhaben in dem vereinbarten Umfang fach- und fristgerecht sowie vollständig zu dem vereinbarten Pauschalpreis auszuführen. Der Auftragnehmer kann sich nicht darauf berufen, dass ihm insoweit Irrtümer oder Fehler unterlaufen seien. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf während der Bauausführung auftretende Erschwernisse.

3. Leistungsumfang

- 3.1. Die Leistungspflicht des Auftragnehmer umfasst sämtliche Planungs- und Bauleistungen, die nach diesem Vertrag, seinen Vertragsbestandteilen sowie nach den anerkannten Regeln der Architekten-, Ingenieur- und Baukunst erforderlich sind, um das Bauvorhaben

vollständig schlüsselfertig, uneingeschränkt funktionsfähig und betriebsbereit sowie termingerecht herzustellen, soweit diese Arbeiten nicht in Ziffer 3.3 ausdrücklich vom Leistungsumfang des Auftragnehmer ausgenommen und diese Arbeiten bei funktionaler Gesamtbeurteilung dem vom Auftragnehmer übernommenen Leistungsbereich zuzuordnen sind.

- 3.2. Soweit in diesem Vertrag und seinen Anlagen der von dem Auftragnehmer geschuldete Leistungsumfang nicht abschließend oder nicht zweifelsfrei bestimmt sein sollte, schuldet der Auftragnehmer ergänzend alle Lieferungen und Leistungen des in Ziffer 3.1 genannten Leistungsbereiches, die zur vollständigen, schlüsselfertigen, uneingeschränkt funktionsfähigen und betriebsbereiten Fertigstellung des Bauvorhabens entsprechend dem im Übrigen ausdrücklich vereinbarten hohen Ausführungs- und Qualitätsstandards erforderlich sind. Bei Widersprüchen oder Unklarheiten zu Ausführungs- und Qualitätsstandards (z. B. Materialangaben) ist stets der höherwertige Standard verbindlich.

- 3.3. Vom Leistungsbereich des Auftragnehmers ausgenommen sind lediglich

- 3.3.1. die in der Schnittstellenliste (Anlage 03) dem „AG“ zugewiesenen Auftraggeberleistungen;

- 3.3.2. Mobiliar;

- 3.3.3. Kucheneinrichtung.

- 3.4. Planungsleistungen

Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer die vollständige Planung des Bauvorhabens. Dies umfasst alle Planungsleistungen, die auf Grundlage dieses Vertrages, der gewerblichen Verkehrssitte und den Regeln der Technik über die Vertragsbestandteile hinaus noch erforderlich oder zweckmäßig sind, um den Werkerfolg im Sinne dieses Vertrages herbeizuführen. Der Auftragnehmer hat bei der Übernahme dieser Verpflichtung berücksichtigt, dass die FLB und die sonstigen Vertragsbestandteile zum Teil nur Leistungsziele beschreiben, was dazu führt, dass der Auftragnehmer mit der Übernahme der vollständigen Planungs- und Bauleistungsverpflichtung auch ggf. nicht beschriebene einzelne Leistungen gleichwohl zu planen und zu bauen hat.

- 3.4.1. Für die Erstellung des Bauvorhabens schuldet der Auftragnehmer auf Grundlage der FLB (Anlage 01) sämtliche weiteren Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die Beibringung einer Baugenehmigung. Nebenbestimmungen und Auflagen sind zu beachten; Grüneintragungen der Bauaufsichtsbehörde sind vom Auftragnehmer in von ihm zu erstellende Ausführungspläne zu übertragen und gehören zum geschuldeten Leistungsumfang des Auftragnehmers. Die Leistungspflicht umfasst alle Grundleistungen des jeweiligen Leistungsbildes der HOAI und, soweit erforderlich, auch besondere Leistungen. Sie schließt die erforderlichen Lieferungen, Leistungen und Nebenleistungen ein, die in den vorstehenden Vertragsunterlagen aufgeführt sind, aber auch alle dort nicht erwähnten Lieferungen, Leistungen und Nebenleistungen, die unbedingt erforderlich sind, um das Bauvorhaben vertragsgerecht erstellen zu können.

- 3.4.2. Hinsichtlich der geschuldeten vollständigen Planung ist vom Auftragnehmer zu beachten:

- 3.4.2.1. die von ihm mit der Planung, Ausschreibung und Bauleitung beauftragten Architekten, Fachingenieure und sonstigen Planer müssen bis zur Abnahme des Projekts zur Verfügung stehen. Mit der Bauleitung beauftragte Personen müssen über eine ausreichende fachliche Qualifikation verfügen und die deutsche Sprache fließend in Wort und Schrift beherrschen;

- 3.4.2.2. dem Auftraggeber ist spätestens 30 Kalendertagen nach Vertragsschluss eine Planungsliste zu übergeben, die gemeinsam abzustimmen und gegebenenfalls fortzuschreiben ist. In der Planungsliste müssen alle vertragsrelevanten zu fertigenden Projekt- und Planungsunterlagen mit geplanten Erstellungs- und Vorlageterminen enthalten sein;

- 3.4.2.3. sofern bezüglich der Planungsliste kein Abstimmungserfordernis vorliegt, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber alle Planungsunterlagen spätestens 21 Kalendertage vor der

notwendigen Freigabe in digitaler Form vorzulegen, wobei sich der Zeitpunkt des jeweiligen Vorlagetermins aus der Planungsliste ergibt;

- 3.4.2.4. der Auftraggeber wird nach Vorlage eine Prüfung der Planungsunterlagen durch eine sogenannte Sichtprüfung vornehmen und eine Freigabe binnen 21 Kalendertagen schriftlich erteilen. Gegebenenfalls notwendige Korrekturen sind vom Auftragnehmer in die Unterlagen einzuarbeiten und sodann binnen 7 Kalendertagen zur erneuten Kontrolle vorzulegen. Eine Freigabe durch den Auftraggeber erfolgt bei dessen Einverständnis binnen weiterer 7 Kalendertage. Die Frist zur Prüfung und Freigabe beginnt erst mit der vollständigen Vorlage der jeweiligen Planungsunterlagen sowie der schriftlichen Mitteilung hierüber an den Auftraggeber zu laufen. Erfolgt innerhalb der vorgesehenen Frist keine Freigabe, ist der Auftragnehmer jedoch berechtigt, auf Grundlage seiner Planung und im Rahmen seiner Verantwortung weiter zu planen und zu bauen.
- 3.4.2.5. mit der Sichtprüfung und Freigabe durch den Auftraggeber wird der Auftragnehmer nicht von seiner Verantwortung für die Erstellung ordnungsgemäßer, für das Bauvorhaben erforderliche Planunterlagen entbunden. Insbesondere ergibt sich aus der Sichtprüfung nicht die Verpflichtung des Auftraggebers, die vorgelegten Pläne auf Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen; die Verantwortung für die technische und maßliche Richtigkeit wie Vollständigkeit der freigegebenen Unterlagen verbleibt vollumfänglich beim Auftragnehmer;
- 3.4.2.6. vom Auftraggeber während der Sichtprüfung vorgenommene Korrekturen oder Anmerkungen im Rahmen der vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungen sind nicht als Leistungsänderungen im Sinne von Ziffer 5.5 zu verstehen.
- 3.4.3. Der Auftragnehmer hat sämtliche ihm vor oder nach Vertragsschluss übergebenen oder von ihm bei der Ausführung seiner Leistung herangezogenen Planungsunterlagen fachkundig zu überprüfen. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber bei der Überprüfung etwa feststellbare Unrichtigkeiten, Unklarheiten, Unstimmigkeiten, Lücken oder Abweichungen von den Vertragsbestandteilen unverzüglich anzuzeigen. Der Auftragnehmer übernimmt in jedem Fall die volle Verantwortung für die Ausführung seiner Leistung, sofern er nicht rechtzeitig schriftlich Bedenken gegen die Planung, die Art der Ausführung oder das vorgeschriebene Material vorgebracht hat. Alle Maßangaben in übergebenen Plänen sind vor der Fortsetzung der Planung bzw. Bauausführung an der Baustelle vom Auftragnehmer zu prüfen.

3.5. Bauleistungen

Der Auftragnehmer erbringt alle Lieferungen und Bauleistungen, die erforderlich sind, um den Werkerfolg einer Neuerrichtung des Funktionsgebäudes herbeizuführen. Dies umfasst alle Lieferungen und Leistungen, die nach den anerkannten Regeln der Technik und Baukunst erforderlich sind, um das Bauvorhaben vollständig schlüsselfertig, uneingeschränkt funktionsfähig und betriebsbereit sowie termingerecht herzustellen. Hierzu gehören unter anderem auch

- 3.5.1. soweit noch nicht erfolgt, das Freimachen, Herrichten und Erschließen des Grundstücks zur Erbringung der Leistung; die Kosten für erforderliche Beantragungen öffentlicher Erschließungen sowie Gebühren für Trinkwasser-, Abwasser-, Mittelspannungsanschluss sowie Daten-, Telefon- und BK-Abschluss zahlt der Auftraggeber unmittelbar an die Gebühren- und Kostengläubiger oder erstattet diese dem Auftragnehmer in der nachgewiesen vom Auftragnehmer an diese gezahlten Höhe (ohne TU-Zuschlag);
- 3.5.2. die Sicherung des Baugrundstücks;
- 3.5.3. die Übernahme des Baugrundrisikos, soweit dies aus den Vertragsbestandteilen erkennbar ist, insbesondere bezogen auf die Baugrubenumschließung und -dichtung, Fakten der Gründung wie Bodenpressung, Art des Aushubs, Wasserhaltung usw.;
- 3.5.4. die Wasserhaltung sowie die Behandlung und Entsorgung einer in deren Rahmen anfallenden Förderwassermenge, jeweils nach den einschlägigen Vorschriften, Richtlinien und

Normen einschließlich der Anordnungen der Behörde sowie Sicherungs-, Untersuchungs- und Nachuntersuchungsmaßnahmen;

- 3.5.5. notwendige Maßnahmen für Winterbau und Winterschutzmaßnahmen (für Betonierarbeiten bis - 5°C, im Übrigen für jede Temperatur), Schneeräumung, Energie- und Beheizungskosten, einschließlich der ordnungsgemäßen Räumung der anliegenden Verkehrswege bei Schnee und Glätte bis zur Abarbeitung der bei der Abnahme festgestellten Mängel;
- 3.5.6. die ausschließliche Verwendung von zugelassenen Baustoffen sowie die ausschließliche Anwendung zugelassener Bauarten; andere Baustoffe oder Bauarten dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers verwendet werden; diese Regelung gilt entsprechend für Baustoffe oder Bauarten, die den Vorgaben der FLB widersprechen; den Nachweis der Gleichwertigkeit abweichender Baustoffe oder Bauarten hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten zu führen;
- 3.6. Zum Leistungsumfang des Auftragnehmers gehören ferner:
 - 3.6.1. die Bestellung eines Bauleiters gemäß jeweils einschlägiger Landesbauordnung;
 - 3.6.2. die Bauaufsicht und Bauleitung; der Auftragnehmer ist verpflichtet, hierzu während der gesamten Ausführungszeit qualifiziertes Fach- und Führungspersonal in ausreichender Zahl zur Betreuung des Bauvorhabens bereitzustellen. Er benennt hiermit verbindlich als zuständigen Projektleiter [...], als zuständigen Bauleiter [...],
- 3.7. Der vorstehende Projektleiter ist zur Abgabe und Entgegennahme von rechtsgeschäftlichen Erklärungen jeglicher Art sowie zur Vornahme von sonstigen Rechtshandlungen bevollmächtigt und ermächtigt. Der Wechsel des Projektleiters ist nur unter gleichzeitiger Bekanntgabe einer im gleichen Umfang bevollmächtigten Person zulässig;

Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer die sofortige Ablösung des Bauleiters, bzw. eines sonst verantwortlichen Mitarbeiters verlangen, wenn dieser in fachlicher Hinsicht für die Führung der vertragsgegenständlichen Baustelle nicht hinreichend geeignet erscheint oder gegen die allgemeine Ordnung auf der Baustelle verstoßen hat;
- 3.7.1. die Beauftragung eines sachkundigen und qualifizierten Prüfstatikers. Der Prüfstatiker hat seine Leistungen unbeschadet seiner Verpflichtungen nach den jeweils geltenden technischen Normen und Vorschriften in direktem Vertragsverhältnis mit dem Auftragnehmer zu erbringen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen fachlich und personell geeigneten Prüfstatiker auszuwählen, dessen Qualifikation und Leistungsfähigkeit nachzuweisen und dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen. Der Auftraggeber ist berechtigt, den vorgeschlagenen Prüfstatiker innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang der Anzeige schriftlich abzulehnen, sofern begründete Zweifel an dessen Eignung und Leistungsfähigkeit bestehen.;
- 3.7.2. die Wahrnehmung aller den Auftraggeber treffenden Überwachungs-, Koordinations-, Anzeige- und Nachweispflichten;
- 3.7.3. das Stellen eines oder mehrerer SiGeKo, auch für die vom Auftraggeber oder Dritte beauftragte Gewerke und Leistungen;
- 3.7.4. auf Verlangen des Auftraggebers die Erbringung des Nachweises, dass die Ausführung den bauphysikalischen und bauökonomischen Anforderungen entspricht;
- 3.7.5. die Weitergabe von Vertragsleistungen sowie die schriftliche Mitteilung von Namen, Firmenbezeichnung, Sitz und Anschrift der Nachunternehmer sowie die zu vergebenden Leistungen und Auskunftserteilung über die Unternehmen, insbesondere Betrieb, Geschäftsführung und Inhaber Auskunft;

- 3.8. Nicht in der funktionalen Leistungsbeschreibung aufgeführte Neben- und Zusätzliche Leistungen nach ATV (DIN 18299) gehören soweit für die Leistungen gemäß Ziffer 3.1 erforderlich, zum Leistungsumfang des Auftragnehmers.

4. Ausführung der Leistung

- 4.1. Die Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers zur kompletten Planung und Herstellung des Bauvorhabens haben den Regeln der Architekten-/Ingenieurkunst, den anerkannten Regeln der Technik/Baukunst sowie der gewerblichen Verkehrssitte zu entsprechen. Der Auftragnehmer hat nur Baustoffe, Materialien, technische Einrichtungen und Ausführungsmethoden zu verwenden, welche nicht gesundheits- oder umweltgefährdend sowie nicht gesundheits- oder umweltbeeinträchtigend sind und insbesondere keine negativen Auswirkungen auf die speziellen Nutzungsformen des Bauvorhabens haben. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf dessen Aufforderung die Herkunft und Beschaffenheit der von ihm verwendeten Baustoffe und Bauteile, deren Güteüberwachung und deren bautechnische Zulässigkeit nachzuweisen. Die Verpflichtungen aus dieser Ziffer 4.1 beziehen sich auf alle vom Auftragnehmer unter diesem Vertrag erbrachten Leistungen sowie eingebauten Baustoffe, Materialien etc., nicht jedoch auf den unverändert erhaltenen Bestand.
- 4.2. Der Auftragnehmer sichert zu, dass die von ihm verwendeten bzw. eingesetzten Materialien und Fabrikate die in der Ausschreibung sowie der FLB verlangten Eigenschaften besitzen.
- 4.3. Mit dem Pauschalpreis sind insbesondere die in der FLB ausdrücklich genannten Leistungen und Maßnahmen wie auch die folgenden Pflichten, Leistungen und Risiken abgegolten und sind vom Auftragnehmer auf eigene Kosten zu erbringen:
- 4.3.1. die Absteckung des Bauwerks, des Grundstückes, die Einhaltung der amtlichen Bauflucht und -höhen, das Schaffen notwendiger Höhenfestpunkte in unmittelbarer Nähe des Bauwerks, die nicht-amtlichen Vermessungen sowie alle Kontrollmessungen,
- 4.3.2. der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber für gebrauchts- und abnutzungsanfällige Teile, insbesondere für Leuchtmittel, Fliesen, Parkettelemente und Deckenplatten, Ersatzteile in angemessener Menge bei Abnahme übergeben. Dazu wird zwischen den Vertragsparteien mindestens sechs Wochen vor Abnahme eine Liste abgestimmt;
- 4.3.3. die Erfüllung aller öffentlich-rechtlicher Normen, Verpflichtungen und Auflagen der Baugenehmigungen sowie der sonstigen Auflagen, Anordnungen und Vorschriften der Behörden bis zur Abnahme; die Erfüllung aller Anordnungen und Vorschriften der Verwaltungen im Rahmen des bei Vertragsabschluss Erkennbaren oder Üblichen; die Anforderungen der in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Gutachten sind zu beachten;
- 4.3.4. das Führen eines Bautagebuchs mit täglichen Bautageberichten sowie Übergabe an den Auftraggeber im 14-tägigen Rhythmus; der Auftraggeber sowie sein beauftragter Bauüberwacher können jederzeit Einsicht in das Bautagebuch nehmen und die Aushändigung von Durchschriften verlangen. Die Bautageberichte müssen alle für die Vertragsausführung und Abrechnung relevanten Angaben enthalten, wie mindestens Baufortschritt, Wetter, Temperatur, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeiter, Angaben über die auf der Baustelle beschäftigten Nachunternehmer, Feststellungen von zusätzlichen Leistungen, Prüfungen mit Angabe der Prüfungsart und des geprüften Bauteils, Berichte über die wesentlichen Besprechungen, Zahl und Umfang der eingesetzten Großgeräte, Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfangs, Abnahmen, Behinderungen und Unterbrechungen der Ausführung/Arbeitszeit mit der Angabe der Gründe, Unfälle, behördliche Anordnungen und sonstige besondere Vorkommnisse. Soweit die Witterung Einfluss auf die Leistungserbringung des Auftragnehmers hat und die Ausführung der Leistung in den Wintermonaten erfolgt, hat er für die Monate November bis März einen Temperaturschreiber einzusetzen. Der Auftraggeber ist berechtigt, eine vom Inhalt abweichende Sachdarstellung im Bautagesbericht zu vermerken;

- 4.3.5. quartalsweise: eine qualitativ hochwertige, fachgerechte und aussagekräftige Fotodokumentation zum Bautenstand (insbesondere aller Zwischenbaustände), eine Liste der Nachunternehmer, Personalstandskurven sowie Dokumentation über die Beseitigung von gerügten Mängeln. Weitere Berichtspflichten werden im Rahmen der Baubesprechungen gemeinschaftlich festgelegt und sind wie protokolliert zu erbringen;
- 4.3.6. das Herbeiführung und aller behördlich geforderten für die Leistungen des Auftragnehmers oder für das Bauvorhaben erforderlichen Abnahmen (einschließlich der Rohbau- und Schlussabnahmen) und Prüfungen sowie aller zur Inbetriebnahme etwa erforderlichen sonstigen Prüfungen, Gutachten und Abnahmen, z.B. durch Bezirksschornsteinfegermeister oder TÜV bzw. Prüfsachverständiger; Beschaffung mängelfreier Abnahme- und Prüfbescheinigungen, die im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben und seiner Nutzung stehen, sowie alle sonstigen behördlichen Abstimmungen. Der Auftraggeber wird in Abstimmung mit dem Auftragnehmer die erforderlichen Anträge stellen. Zu Abnahmeterminen ist der Auftraggeber mit drei Wochen Vorlaufzeit einzuladen;
- 4.3.7. die technische, logistische und terminliche Koordination der eigenen Leistungen mit den Leistungen anderer Firmen, sowohl der eigenen Nachunternehmen als auch der Drittunternehmen, die aufgrund sonstiger erforderlicher Maßnahmen auf benachbarten Grundstücken tätig sind; soweit erforderlich, wird der Auftragnehmer auch eine Inanspruchnahme des Baugrundstücks durch andere Unternehmer dulden und ihre eigenen Leistungen mit deren Leistungen koordinieren;
- 4.3.8. je drei fachgerechte Schallmessungen nach Fertigstellung (davon insgesamt 4 Körper- und 4 Raumschallmessungen) an beliebig vom Auftraggeber ausgewählten Stellen. Sofern die geltenden Grenzwerte nicht um einen zusätzlichen Toleranzwert von mindestens 5 % überschritten werden, sind auf Wunsch des Auftraggebers diese Messungen an anderer Stelle zu wiederholen;
- 4.3.9. die Durchführung notwendiger Versuchsläufe und Inbetriebsetzungen vor der Abnahme inkl. aller dafür notwendigen Betriebs- und Schmierstoffe; bei der Inbetriebnahme jeglicher technischen Anlagen und Maschinen hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber durch rechtzeitige Mitteilung Gelegenheit zur Zustandsfeststellung zu geben. Dazu gehört auch die Einweisung von durch den Auftraggeber zu benennenden Personen in die Bedienung und Wartung der technischen Anlagen. Jede Einweisung erfolgt bis zu zweimal. Die Ergebnisse der Tätigkeiten sind vom Auftragnehmer zu protokollieren und Bestandteil der Dokumentationsunterlagen. Zur Inbetriebnahme gehört auch die Überprüfung aller vorhandenen und neu erstellten vertikalen und waagerechten Entwässerungsleitungen in Bezug auf Verschmutzungen und die anschließende gründliche und vollständige Reinigung;
- 4.3.10. die Qualitätssicherung einschließlich der Erstellung eines detaillierten Qualitätssicherungsplanes der innerhalb von vier Wochen nach Vertragsabschluss dem Auftraggeber zur Genehmigung vorzulegen ist.
- 4.4. Der Auftragnehmer wird auf die Nachbarschaft Rücksicht nehmen. Der Auftragnehmer wird deshalb dafür sorgen, dass nachts und zusätzlich morgens vor 7.00 Uhr keine ruhestörenden Belästigungen von der Baustelle und deren Umfeld, z.B. durch Arbeitsvorbereitungen oder durch mit laufenden Motoren parkende LKW etc. ausgehen. Er wird alle Mitarbeiter, Nachunternehmer und Zulieferer auf die Einhaltung dieser Ruhezeit hinweisen und ebenso zu Unterlassung von ruhestörenden Belästigungen verpflichten sowie Zulieferungen entsprechend terminieren.
- 4.5. An den vom Auftraggeber angesetzten Planungs- und Baubesprechungen, die voraussichtlich jeweils wöchentlich stattfinden werden, hat mindestens ein ausreichend informierter und bevollmächtigter Vertreter des Auftragnehmers teilzunehmen.
- 4.6. Für Farbkonzepte, wesentliche Ausbauelemente und alle sonstigen Materialien, die das äußere oder innere Erscheinungsbild (mit-)prägen können, hat vor der Ausführung eine

Bemusterung durch den Auftragnehmer stattzufinden. Der Auftraggeber kann rechtzeitig vor Bestellung der Baumaterialien verlangen, dass deren Bemusterung ohne Mehrkosten auf der Baustelle stattzufinden hat. Vor der Auswahl aller Baumaterialien im Ausbaubereich und für die Fassade ist stets eine Bemusterung des Auftraggebers auf der Baustelle durchzuführen. Die Bemusterung der Farbkonzepte hat großflächig, die der wesentlichen Ausbauelemente im Maßstab 1:1 zu erfolgen. Die Muster müssen mindestens die Qualität aufweisen, die den abgestimmten Materialbeispielen entspricht. Die Bemusterungsliste ist abzustimmen. Bei einer vom Auftragnehmer vorgeschlagenen Abweichung von Vorgaben des Referenzproduktes oder der Vertragsbestandteile ist zur Vergleichbarkeit der Bemusterungsgegenstände auch ein Originalmuster des Gegenstandes vorzulegen, von dem abgewichen werden soll. Die Kosten der Bemusterung trägt der Auftragnehmer.

4.7. Alle Muster sind so rechtzeitig vom Auftragnehmer vorzulegen, dass unter Berücksichtigung einer regelmäßigen Prüfzeit von zwei Wochen keine Verzögerungen entstehen. Bei einer Ablehnung läuft diese Frist erneut. Sämtliche bemusterte Materialien gehen ins Eigentum des Auftraggebers über und sind in einem verschlossenen Raum auf der Baustelle zu verwahren. Nach Abnahme der Bauleistungen des Auftragnehmers ist dieser auf Anforderung des Auftraggebers verpflichtet, die bemusterten Materialien zu entsorgen. Der Auftraggeber behält sich vor, einige bemusterte Materialien vor einer etwaigen Vernichtung kostenfrei in seinen Bestand zu übernehmen.

4.8. Der Auftragnehmer trägt die volle Verantwortung in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, dass bei der Baumaßnahme keine illegalen Arbeitskräfte beschäftigt werden und keine Schwarzarbeit im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (SchwarzArbG) geleistet wird. Arbeitserlaubnispflichtige und ausländische Arbeitnehmer darf der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistungen nur einsetzen, wenn es sich um Arbeitnehmer des Auftragnehmers handelt. Voraussetzung ist weiterhin, dass diese Arbeitnehmer im Besitz einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis sind, die für den räumlichen und zeitlichen Bereich der auszuführenden Arbeiten gilt. Der Auftragnehmer wird sich vor einer Tätigkeit dieser Arbeitnehmer vom Vorliegen dieser Voraussetzungen überzeugen. Alle auf der Baustelle eingesetzten ausländischen (nicht DACH-Bürger) Arbeitnehmer sind tagaktuell mit Namen, Vorname, Geburtsdatum, Sozialversicherungsnummer und Bild durch den Auftragnehmer zu erfassen. Diese Liste ist für alle ausländischen Arbeitnehmer ebenso wie eine gültige Arbeitserlaubnis auf der Baustelle vorzuhalten. Der Auftragnehmer hält auf der Baustelle ferner jederzeit eine aktuelle Kopie der Meldung der eingesetzten Mitarbeiter bei der zuständigen Finanzkontrolle Schwarzarbeit vor.

Mit dem Vertragsabschluss erklärt der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber und den verbundenen Unternehmen, dass bisher keine Ermittlungen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) oder des Mindestlohngesetzes (MiLoG) gegen den Auftragnehmer durchgeführt wurden oder derartige Ermittlungen ergebnislos geblieben sind. Außerdem verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Auftraggeber davon in Kenntnis zu setzen, wenn gegen ihn wegen der Verletzung von arbeitserlaubnis- bzw. aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen oder wegen eines Verstoßes gegen das AEntG Ermittlungen durch die zuständige Behörde aufgenommen werden.

4.9. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass keine Leiharbeitnehmer unter Verstoß gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz eingesetzt werden.

4.10. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den im Rahmen der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen, insbesondere des MiLoG, des AEntG sowie der einschlägigen Tarifverträge, festgelegten Mindestlohn sowie vereinbarte Zuschläge inklusive der Beiträge zur Sozialversicherung, Arbeitsförderung sowie Aufwendungen zur sozialen Sicherung an sämtliche Beschäftigte zu gewähren. Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiter, sämtliche Vorgaben des MiLoG einzuhalten und dem Auftraggeber die Einhaltung dieser Vorschriften auf Verlangen des Auftraggebers durch Vorlage geeigneter Belege nachzuweisen.

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die auf der Baustelle eingesetzten Mitarbeiter jederzeit ein gültiges Ausweisdokument sowie gültige Krankenversicherungsnachweise mit sich führen.

- 4.11. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Sozialversicherungsbeiträge wie auch die Beiträge für die Sozialkassen und Berufsgenossenschaften für seine auf der Baustelle eingesetzten Arbeitnehmer rechtzeitig und vollständig abzuführen und auch bei etwaigen Nachunternehmern für die rechtzeitige und vollständige Abführung der Sozialversicherungsbeiträge wie auch die Beiträge für die Sozialkassen und Berufsgenossenschaften für deren auf der Baustelle eingesetzte Arbeitnehmer Sorge zu tragen. Er wird dem Auftraggeber die Erfüllung dieser Verpflichtung auf Verlangen nachweisen.

- 4.12. Beim Einsatz ausländischer Mitarbeiter wird der Auftragnehmer die entsprechenden Dokumente und Papiere auf aktuellem Stand und in deutscher Sprache – ggf. in Form einer beglaubigten Kopie – vorhalten.

Der Auftragnehmer sichert zu, dass er die für die jeweilige Tätigkeit erforderlichen Qualifikationen und Nachweise besitzt – z.B. Meisterbriefe, Eintrag in die Handwerksrolle, Schweißnachweise etc. – sowie die erforderlichen Konzessionen der für die jeweilige Baumaßnahme zuständigen Medien- und Energieversorger besitzt. Er hat die Einhaltung dieser Vorgaben auf Verlangen des Auftraggebers durch Vorlage geeigneter Belege nachzuweisen.

- 4.13. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Auftragnehmer, Mitarbeiter des Auftragnehmers sowie alle sonstigen für oder im Auftrag des Auftragnehmers tätigen Unternehmen oder Personen, hinsichtlich derer die in den Ziffern 4.8 bis 4.12 genannten Unterlagen nicht vorliegen oder Verpflichtungen nicht eingehalten werden oder deren Einhaltung nicht nachgewiesen ist, jederzeit und ohne vorherige Rüge oder Abmahnung von der Baustelle zu verweisen, ohne dass hierdurch die qualitative oder zeitliche Leistungsverpflichtung des Auftragnehmer in irgendeiner Form beeinträchtigt wird.

5. Leistungsänderungen

- 5.1. Der Auftragnehmer darf von den in Ziffer 2.1 aufgeführten Vertragsbestandteilen erst nach in Textform erteilter Zustimmung des Auftraggebers abweichen. Der Auftraggeber darf seine Zustimmung nicht verweigern, wenn die Abweichung auf der Grundlage behördlicher Auflagen zwingend erforderlich ist und eine technisch und wirtschaftlich gleichwertige Lösung sichergestellt ist.

- 5.2. Der Auftraggeber ist berechtigt, Leistungsänderungen oder zusätzliche Leistungen zu verlangen, wobei nach Möglichkeit vor deren Ausführung eine schriftliche Nachtragsvereinbarung, welche insbesondere eine Preisvereinbarung, eine Regelung über die Auswirkungen auf die Bauzeit sowie die Mehr- und Minderkosten enthalten sollte, getroffen werden soll.

Alle von dem Auftraggeber nach Vertragsabschluss gewünschten baulichen und sonstigen Leistungen, die nicht bereits Teil des nach diesem Vertrag vom Auftragnehmer geschuldeten Leistungsumfanges sind (nachfolgend „Änderungswünsche“), hat der Auftragnehmer nach schriftlicher Beauftragung dem Grunde nach durch den Auftraggeber zu erfüllen, es sei denn, sein Betrieb ist auf derartige Leistungen nicht eingerichtet bzw. in den Fällen des § 650 b Abs. 1 Nr. 1 BGB ist die Änderung unzumutbar.

Dieses Anordnungsrecht umfasst ausdrücklich auch das Recht des Auftraggebers, Änderungen der Baumstände und der Bauzeit bzw. der Ausführungsfristen zu verlangen, es sei denn, eine solche Anordnung ist für den Auftragnehmer schlechterdings unzumutbar.

- 5.3. Eine Leistungsänderung liegt nur vor, soweit der Auftraggeber nach Vertragsschluss die Ausführung geänderter und/oder zusätzlicher Leistungen verlangt, die über die schlüsselfertige, uneingeschränkt funktionsgerechte und betriebsbereite Ausführung der Leistung nach den vorliegenden Vertragsbestandteilen, die mit dem vorliegenden Vertragsabschluss

Vertragsinhalt werden, hinausgehen. Hiervon werden auch Änderungen der Baumstände und der Bauzeit bzw. der Ausführungsfristen umfasst.

- 5.4. Für Änderungen und zusätzliche Leistungen sowie das Anordnungsrecht des Auftraggebers gilt ausschließlich § 650b BGB. Die Vergütungsanpassung bei Änderungen nach § 650b Abs. 2 BGB richtet sich nach § 650c BGB. Korrespondierende Vorschriften in der VOB/B (§ 1 Abs. 3, 4, § Abs. 2, 5, 6, 9 sowie § 4 Abs.1 Nr. 3, Nr. 4) finden keine Anwendung. § 650d BGB bleibt unberührt.

- 5.5. Wenn nach § 650b Abs.1 BGB ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung vorzulegen ist, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber dieses unverzüglich nach Erhalt des Änderungsbegehrens schriftlich vorzulegen. Ist der Auftragnehmer in diesen Fällen nicht in der Lage, ein Angebot innerhalb der vorstehenden Frist, zu erstellen, hat er dies unverzüglich anzuzeigen; es gilt dann stattdessen eine angemessene Frist. Das Angebot des Auftragnehmers muss prüfbar sein.

Die Kosten der Angebotserstellung trägt der Auftragnehmer. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber das Angebot des Auftragnehmers nicht annimmt oder von der Leistungsänderung gänzlich oder teilweise Abstand nimmt.

Sollten mit der Angebotserstellung über die dem Auftragnehmer nach § 650c Abs. 1 S. 2 BGB obliegende Planungsverantwortung hinaus für die Erstellung eines Angebotes ein zusätzlicher Planungsaufwand entstehen, erhält der Auftragnehmer dafür eine Vergütung in Höhe des nachweislich entstandenen Aufwands.

- 5.6. Der Auftragnehmer kann die ihm nach § 650c Abs. 2 BGB zustehende Wahlmöglichkeit unter diesem Vertrag nur einheitlich ausüben, das heißt die einmal getroffene Wahl gilt für sämtliche unter diesem Vertrag zu schließende Nachtragsvereinbarungen.

Wählt der Auftragnehmer eine Berechnung der Vergütungsanpassung auf Grundlage der Ansätze in der Urkalkulation, ist er verpflichtet, eine Woche nach Auftragserteilung seine Auftragskalkulation beim Auftraggeber im verschlossenen Umschlag zu hinterlegen, wobei der Auftragnehmer dem Auftraggeber überblicksmäßig nachzuweisen hat, dass seine Kalkulation alle Vertragsleistungen umfasst. Der Auftraggeber hat bei einem Streit über die Vergütung, insbesondere die Nachtragsvergütung, das Recht, den verschlossenen Umschlag mit der Auftragskalkulation zu öffnen und im Hinblick auf die Nachtragsvergütung Einsicht in diese zu nehmen. Dem Auftragnehmer ist der Termin der Einsichtnahme mindestens drei Kalendertage zuvor anzukündigen, er hat das Recht, der Einsichtnahme am angekündigten Termin beizuwohnen. Der Preis für die geänderten oder zusätzlichen Leistungen ist ungeachtet der in der Auftragskalkulation enthaltenen Werte nach oben begrenzt durch den marktüblichen Preis für diese Leistungen zuzüglich 25 Prozent.

- 5.7. Die vom Auftragnehmer gewählte Berechnungsmethode findet sowohl für die Ermittlung der Vergütung für die geänderten oder zusätzlichen Leistungen als auch für die Ermittlung der Vergütung der infolge der Leistungsänderung oder zusätzlichen Leistung entfallenden Vertragsleistungen Anwendung.

- 5.8. Der Auftraggeber hat das Recht, die Ausführung von Leistungsänderungen auch dann anzuordnen und die Ausführung zusätzlicher Leistungen auch dann zu fordern, wenn der Auftragnehmer und der Auftraggeber zum Zeitpunkt der Anordnung bzw. der Anforderung noch keine Preisvereinbarung hinsichtlich der geänderten oder zusätzlichen Leistungen und/oder bezüglich der terminlichen Auswirkung getroffen haben.

Die Vertragsparteien sollen die geänderte bzw. zusätzliche Vergütung und etwaige terminliche Auswirkungen in diesem Fall nachträglich innerhalb einer angemessenen Frist unter Zugrundelegung des vorstehenden Vergütungsmaßstabes gemäß Ziffern 5.6 und 5.7 festlegen. Der Auftragnehmer kann jedoch die Leistungen verweigern, wenn der Auftraggeber eine dem Auftragnehmer zustehende Vergütung willkürlich versagt.

- 5.9. Drohen dem Auftraggeber ohne eine unverzügliche Ausführung einer Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist (§ 650b Abs.1 Nr. 2 BGB),

schwerwiegende Nachteile (Gefahr in Verzug), ist der Auftraggeber berechtigt, die Änderung vor Ablauf der in § 650b Abs. 2 BGB genannten Frist anzuordnen.

- 5.10. Sofern der Auftragnehmer durch Leistungsänderungen oder zusätzliche Leistungen bedingte Verzögerungen der Ausführungsfristen und -termine nicht spätestens bei Vorlage seines Nachtragsangebotes mitteilt, so ist eine Verlängerung der Vertragsfristen aufgrund der Leistungsänderung oder der zusätzlichen Leistung ausgeschlossen, es sei denn, die Notwendigkeit der Verlängerung ist offenkundig. Eine Verlängerung der Vertragsfristen ist ebenso ausgeschlossen, wenn und soweit die Verzögerungen vom Auftragnehmer durch zumutbare Anstrengungen terminlich kompensiert werden können;
- 5.11. Dieser Vertrag gilt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes im Nachtragsvertrag vereinbart wird, auch für die angeordneten Leistungsänderungen und zusätzlichen Leistungen. Ohne vorherige schriftliche Ankündigung kann der Auftragnehmer auch für eigenmächtige Zusatzleistungen weder Aufwendungsersatz- noch Bereicherungsansprüche geltend machen. § 2 Abs. 8 Nr. 3 VOB/B findet keine Anwendung.
- 5.12. Stundenlohnarbeiten dürfen nur auf ausdrückliche Anordnung des Auftraggebers ausgeführt werden und sind durch Stundennachweise zu belegen, die dem Auftraggeber spätestens vier Tage nach der Durchführung zur Anerkennung vorgelegt werden müssen. Abrechnungsfähig sind ausschließlich die Zeiten der ausführenden Arbeitskräfte, nicht dagegen der Einsatz des Bauleiters, der Poliere oder sonstiger Führungspersonen.
- 5.13. Eine Einigung der Vertragsparteien nach § 650b Abs. 1 BGB bedarf der Textform.

6. Mitwirkung des Auftraggebers

- 6.1. Der Auftraggeber fördert die Planung und Durchführung der Bauaufgabe nach bestem Wissen und nach besten Kräften. Insbesondere wird er alle anstehenden Fragen auf berechtigtes Verlangen des Auftragnehmers unverzüglich entscheiden und erforderliche Unterlagen bereitstellen (Übergabe erfolgt digital; erforderliche Papierausfertigungen muss der Auftragnehmer eigenständig und auf eigene Kosten anfertigen; vorgenanntes gilt auch für aktualisierte/fortgeschriebene Unterlagen). Zur Vermeidung von Verzögerungen wird der Auftragnehmer den Auftraggeber auf die Auswirkungen der Entscheidungen auf den Bauzeitenplan hinweisen und Entscheidungen so rechtzeitig abfordern, dass keine Auswirkungen auf den Bauzeitenplan erfolgen.
- 6.2. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer über alle geplanten Inhalte und den Ablauf der Leistungen des Auftragnehmers beeinträchtigende Ereignisse unterrichten.
- 6.3. Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch, darauf, dass seine Leistungen überwacht oder überprüft werden. Er trägt für seine nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen vielmehr uneingeschränkt die Verantwortung in technischer, zeitlicher und finanzieller Hinsicht. Ungeachtet möglicher Mitwirkungen des Auftraggebers kann sich der Auftragnehmer unter keinen Umständen darauf berufen, nicht ausreichend überwacht oder überprüft worden zu sein.
- 6.4. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber auf alle Mitwirkungshandlungen (z.B. auf erforderliche Entscheidungen) rechtzeitig unter Berücksichtigung einer ausreichenden Vorlaufzeit schriftlich oder in Textform hinzuweisen. Sofern eine Verzögerung des Bauablaufs droht, hat er den Auftraggeber unter Setzung einer angemessenen Frist schriftlich anzu-mahnen. Dies gilt auch, wenn der Auftraggeber in Kenntnis des Auftragnehmer Dritte ein-setzt. Der Auftraggeber hat von Dritten verursachte Verzögerungen nicht zu vertreten.

7. Ausführungsfristen

- 7.1. Der Auftragnehmer hat die von ihm nach diesem Vertrag geschuldeten Planungsleistungen, insbesondere die Erstellung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung unverzüglich nach Abschluss dieses Vertrages zu beginnen und bis zum 7. September 2026 fertigzustellen.
- 7.2. Der Auftragnehmer hat die von ihm nach diesem Vertrag geschuldeten Bauleistungen, insbesondere die vollständig schlüsselfertige, uneingeschränkt funktionsfähige und betriebsbereite sowie termingerecht und abnahmereife Ausführung des Bauvorhabens (Gesamtfertigstellung) unverzüglich nach Erteilung der Baugenehmigung zu beginnen und binnen fünfzehn Monaten nach dem Vorliegen einer vollzugsfähigen Baugenehmigung fertigzustellen.
- Verzögert sich die Erteilung der Baugenehmigung aus Gründen, die der Auftragnehmer aufgrund von Fehlern oder Unvollständigkeiten in den von ihm erstellten Antragsunterlagen zu verantworten hat, beginnt die vorstehende Fünfzehnmonatsfrist am 1. Februar 2027 zu laufen. Die Fertigstellung ist in diesem Fall zum 30. April 2028 geschuldet.
- 7.3. Der vom Auftragnehmer aufzustellende Bauzeitenplan ist so zu gestalten, dass dem Auftraggeber jederzeit ein Soll/Ist-Vergleich möglich ist; einzelne Zeitbalken sollen eine Zeitspanne von einem Monat nicht überschreiten. Gewerke mit längerer Leistungsdauer sind deshalb in abgrenzbare Teilleistungen von maximal einem Monat zu untergliedern. Der Auftragnehmer hat den Bauzeitenplan so zu gestalten, der gemäß Ziffer 7.2 geschuldete Gesamtfertigstellungstermin bei normalen Bauablauf eingehalten werden kann.
- 7.4. Der Bauzeiten- und Planlieferungsplan sind so aufeinander abzustimmen, dass der Beginn der Bauarbeiten innerhalb der Vertragsfrist gemäß Ziffer 7.2 sichergestellt ist und die Bauleistungen zügig gefördert und fristgemäß beendet werden können.
- 7.5. Das Bauvorhaben ist fertiggestellt, wenn der Auftragnehmer die von ihm geschuldeten Leistungen bis auf geringfügige Restarbeiten frei von wesentlichen Mängeln erbracht hat. Die Voraussetzungen für eine Ingebrauchnahme und Betriebsaufnahme, insbesondere Zuwegungen und Erschließungen zur Betriebsaufnahme, einschließlich sämtlicher erforderlicher behördlicher Abnahmen, müssen zum Zeitpunkt der vom Auftragnehmer angezeigten Fertigstellung vorliegen. Eine nicht vollständige Fertigstellung der Außen- und Nebenanlagen steht einer Abnahme des eigentlichen Bauvorhabens grundsätzlich nicht entgegen.
- 7.6. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber jede sich anbahnende oder bereits eingetretene Verzögerung nebst ihren Gründen unverzüglich schriftlich oder in Textform mitzuteilen. Soweit der Auftragnehmer seiner Anzeige- und Vorlageverpflichtung nicht nachkommt, bleiben die Nachträge und Ablaufbehinderungen terminlich unberücksichtigt, soweit nicht dem Auftraggeber diese Umstände positiv bekannt sind. Der Auftragnehmer kann aus ihnen weder herleiten, dass er sich nicht in Leistungsverzug befunden habe, noch kann er aus ihnen einen auftraggeberseitigen Verzug mit Mitwirkungsobliegenheiten oder -pflichten herleiten.
- 7.7. Der Auftragnehmer kann eine Verlängerung der verbindlichen Vertragsfristen nur verlangen, soweit er die Frist-/Terminüberschreitung nicht zu vertreten hat. Der Auftragnehmer hat darzulegen und zu beweisen, dass eine eventuelle Terminüberschreitung nicht durch ihn zu vertreten ist. Der Auftraggeber hat in einem solchen Fall dem Auftragnehmer, wenn die Behinderungen auf dem „kritischen Weg“ liegen oder Einfluss auf ihn haben, einen Anspruch auf angemessene Verlängerung der Vertragsfristen, wobei die Verlängerung sich – soweit möglich – allein auf die betroffenen Bauteile oder Leistungsbestandteile bezieht.
- Der Auftragnehmer hat soweit möglich Beschleunigungsmaßnahmen aufzuzeigen, die zur Einhaltung des vorgegebenen Endtermins führen; über deren Umsetzung wäre ggf. eine gesonderte Regelung zu treffen.
- 7.8. Fühlt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen und termingerechten Ausführung seiner Leistung behindert, so hat er den Auftraggeber hierüber unverzüglich in Textform in

Kenntnis zu setzen. In der Behinderungsanzeige muss der Auftragnehmer den Auftraggeber darüber unterrichten, seit wann und durch welche Umstände er in der ordnungsgemäßen Bauausführung behindert wird und wie lange die Behinderung voraussichtlich andauert. Behinderungen, die zu einer Verlängerung der Bauzeit führen würden, bleiben unberücksichtigt, wenn sich der Auftragnehmer aus von ihm zu vertretenden Gründen bei Eintritt der Behinderung mit seinen Leistungen bereits im Rückstand befindet, sofern und soweit die Behinderung ohne diesen Rückstand des Auftragnehmers keine Auswirkungen auf den Bauablauf gehabt hätte.

- 7.9. Bei den Vertragsfristen sind bis zu 18 Schlechtwettertage (Werktage) einkalkuliert und berechtigen nicht zu einer Verlängerung der vereinbarten Vertragsfristen. Schlechtwettertage sind dem Auftraggeber unverzüglich, spätestens innerhalb von zwei Werktagen schriftlich anzuzeigen. Ohne Anzeige werden die Schlechtwettertage nicht berücksichtigt. Frostbedingte Schlechtwettertage werden für Betonierarbeiten nur bei weniger als - 5°C (gemessen morgens um 7:00 Uhr) berücksichtigt bei Betonsanierungsarbeiten bei weniger als 10°C (gemessen morgens um 7:00 Uhr). Im Zusammenhang mit dem Innenausbau wird vom Auftragnehmer erwartet, dass er auf eigene Kosten für eine ausreichende Heizung sorgt und Schlechtwettertage nicht verzögernd wirken. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Schlechtwettertage für Arbeiten zu nutzen, für die die Witterung keine Beeinträchtigung darstellt. Die vorstehenden Beschränkungen hinsichtlich der Berücksichtigungsfähigkeit von Schlechtwettertagen gelten auch bei einer etwaigen Verschiebung der Ausführungszeiten gegenüber dem Rahmenterminplan.
- 7.10. Die Vertragsparteien sind berechtigt, die verbindlichen Vertragsfristen neu festzulegen.
- 7.11. Der Auftraggeber und sein bevollmächtigter Dritter sind unverzüglich in Kenntnis zu setzen, soweit der Auftragnehmer beabsichtigt, Sonderwünsche der Pächter auszuführen. Gleiches gilt, sofern Schreiben oder sonstige Erklärungen, im Zuge der Durchführung dieses Vertrages beim Auftragnehmer eingehen und eine neue Verbindlichkeit des Auftraggebers begründen könnten. Soweit nicht anders schriftlich zwischen den Vertragsparteien vereinbart, führt die Ausführung der Sonderwünsche nicht zu einer Änderung der in diesem Vertrag vereinbarten verbindlichen Vertragsfristen.
- 7.12. Der Auftragnehmer ist darüber informiert, dass zeitgleich zu seiner Leistungserbringung im Umfeld des Bauvorhabens weitere Maßnahmen stattfinden können. Er kann daraus keine Behinderung herleiten, es sei denn, der Auftragnehmer kann nachweisen, dass er im konkreten Einzelfall durch solche Maßnahmen behindert ist. Soweit zumutbar, hat der Auftragnehmer seine Leistungserbringung mit den Umfeldmaßnahmen zu koordinieren.

8. Betretungsrechte und Baustellenbesichtigungen

- 8.1. Der Auftraggeber, sowie die vom Auftraggeber oder der beauftragten Erfüllungsgehilfen sind berechtigt, das Grundstück und das Gebäude jederzeit zu betreten, zu besichtigen und die Errichtung der Bauleistungen zu überprüfen.
- 8.2. Der Auftraggeber ist berechtigt, dem Auftragnehmer weitere Personen zu benennen, denen das Betreten der Baustelle zu gestatten ist.
- 8.3. Der Auftragnehmer wird es dem Auftraggeber oder einem vom Auftraggeber benannten Dritten gestatten, in üblichem Rahmen Baustellenführungen für die Öffentlichkeit (z. B. Interessengruppen), städtische Gremien oder Vermarktungspartner des VfL durchzuführen. Der Auftraggeber wird hierbei für die Einhaltung der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen Sorge tragen. Ausschließlich der Auftraggeber oder der durch den Auftraggeber benannte Dritte ist für die Koordination der Termine verantwortlich. Termine sind rechtzeitig im Vorfeld mit dem Auftragnehmer abzustimmen.

9. Vertragsstrafe

- 9.1. Gerät der Auftragnehmer mit dem in Ziffer 7.2 bezeichneten Gesamtfertigstellungstermin in Verzug, so ist er verpflichtet, dem Auftraggeber für jeden Kalendertag, um den der Termin schuldhaft überschritten wird, eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1% der Nettoschlussrechnungssumme, höchstens jedoch fünf Prozent der Nettoschlussrechnungssumme, zu zahlen.
- 9.2. Die Vertragsstrafe kann vom Auftraggeber noch bei der Schlussabrechnung vorbehalten und geltend gemacht werden.
- 9.3. Der Auftraggeber kann einen über den Vertragsstrafenanspruch hinausgehenden Verzugschaden vom Auftragnehmer unter Anrechnung etwaiger Vertragsstrafen ersetzt verlangen.
- 9.4. Verschieben sich Fristen oder Termine, so werden die Vertragsparteien einvernehmlich neue Fristen und/oder Termine vereinbaren, sofern die Frist- oder Terminverschiebung aus dem Risikobereich des Auftraggebers stammt. Werden die in Ziffer 7 bezeichneten verbindlichen Vertragsfristen entsprechend verlängert oder einvernehmlich neu festgelegt, gilt die vorstehende Vertragsstrafenregelung entsprechend für die insoweit verlängerten oder neu vereinbarten verbindlichen Vertragsfristen. Eine bereits verwirkte Vertragsstrafe entfällt nicht durch die Vereinbarung neuer Vertragsfristen, es sei denn, die Vertragsparteien legen dies einvernehmlich und ausdrücklich in Schriftform fest.
- 9.5. Mögliche, dem Auftraggeber gemäß den §§ 280, 286 BGB zustehende Schadensersatzansprüche bleiben von der vereinbarten Vertragsstrafe unberührt. Allerdings wird die Vertragsstrafe auf diese angerechnet.

10. Vergütung

10.1. Pauschalpreis

Der Auftragnehmer erhält für die Planung und Ausführung des Bauvorhabens auf der Grundlage dieses Vertrages einen Pauschalpreis in Höhe von netto

EUR [...]

(in Worten: Euro [...])

zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer von derzeit 19 %.

Der Pauschalpreis ist für die Planung und Erstellung des schlüsselfertigen, uneingeschränkt funktionsgerechten und betriebsbereiten Bauvorhabens für die gesamte Bauzeit fest vereinbart.

- 10.2. Mit dem Pauschalpreis gemäß Ziffer 10.1 sind sämtliche Leistungen und Pflichten (auch Nebenleistungen und Besondere Leistungen) abgegolten, die zur sowie vollständigen, schlüsselfertigen, uneingeschränkt funktionsfähigen und betriebsbereiten sowie termin-treuen Umsetzung des Bauvorhabens notwendig oder üblich sind, selbst wenn sie in diesem Vertrag oder den Vertragsbestandteilen nicht ausdrücklich aufgeführt sind. Der Pauschalpreis deckt auch die vom Auftragnehmer zu tragenden Risiken ab, die nach diesem Vertrag in den Risikobereich des Auftragnehmers fallen. Die Vertragsparteien haben sich im Laufe der Bietergespräche auf eine entsprechend umfassende Pauschalierung geeinigt. Insbesondere versteht sich der Pauschalpreis einschließlich aller erforderlichen Lieferungen und Leistungen, Kosten, Gebühren, Auslösungen, Kosten wegen Lohn-erhöhungen und Preissteigerungen für Material, Lohnnebenkosten, Überstundenzuschläge, Leistungszuschläge sowie Kosten für Materialprüfverfahren. Etwas anderes gilt bei Preiserhöhungen, die auf Verzögerungen beruhen, die der Auftraggeber im Sinne von § 6 Abs. 6 VOB/B zu vertreten hat. § 313 BGB bleibt von dieser Regelung unberührt.
- 10.3. Mit dem Pauschalpreis sind auch alle etwa vor Vertragsabschluss vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen abgegolten.

10.4. Einheitspreise

Neben dem Pauschalfestpreis gemäß Ziffer 10.1 werden – ausschließlich – folgende möglichen Leistungen nach Einheitspreisen vergütet.

Für den Fall, dass im Rahmen des Bauvorhabens in der NEP-Liste (Anlage 02) aufgeführte belastete Materialien oder Schadstoffe auftreten, erhält der Auftragnehmer für deren Entsorgung bezogen auf die konkret nachgewiesenen Mengen dieser Materialien oder Stoffe neben dem Pauschalfestpreis eine zusätzliche Vergütung auf Grundlage der in der NEP-Liste (Anlage 02) für die gesamte Bauzeit verbindlich festgeschriebenen Einheitspreise. Diese zusätzliche Vergütung ist abschließend und erfasst sämtliche mit dem Ausbau, Handling und der fachgerechten Entsorgung im Zusammenhang stehenden Mehraufwände oder Mehrkosten. Weitere Ansprüche im Zusammenhang mit belasteten Materialien oder Stoffen bestehen unabhängig davon, ob diese in der NEP-Liste (Anlage 02) genannt sind oder nicht, nicht, sondern alle mit diesen im Zusammenhang stehenden Aufwände und Kosten sind mit dem Pauschalfestpreis gemäß Ziffer 10.1 abschließend abgegolten.

10.5. Bei der Preisfindung und -bildung hat der Auftragnehmer auf Grundlage der in Ziffer 2.1 aufgeführten Vertragsbestandteile die auszuführenden Positionen in eigener Verantwortung ermittelt. Weichen diese Massen von den später zur Ausführung gelangten Massen ab, fällt die Abweichung ausschließlich dem Auftragnehmer zur Last. Die Preisfindung beinhaltet das Risiko, dass die Baugenehmigungsbehörde nachträglich Auflagen verfügt oder abändert, soweit diese nicht auf Leistungsänderungen oder zusätzlichen Leistungen des Auftraggebers beruhen oder sie für den Auftragnehmer nicht vorhersehbar waren.

10.6. Im Rahmen der Vergütung von Leistungen, die während der Planungs- und Bauzeit vom Auftraggeber gemäß Ziffer 5.5 im Sinne von § 650b Abs.2 BGB zusätzlich beauftragt und abgerechnet werden, enthält der Auftragnehmer einen Zuschlag von [...] Prozent für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn. Dieser Zuschlag ist abschließend vereinbart und schließt anderweitige Ansprüche des Auftragnehmers für allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn aufgrund oder im Zusammenhang mit geänderten und zusätzlichen Leistungen aus.

10.7. Falls es nach dem Vertragsschluss zu einer Erhöhung der gesetzlichen Umsatzsteuer kommt, verpflichtet sich der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers zu den erforderlichen Mitwirkungshandlungen und Vereinbarungen, insbesondere der Vereinbarung von Teilleistungen, Teilabnahmen, sowie Teilentgelten, damit die vor Inkrafttreten der Umsatzsteuererhöhung bereits ausgeführten Leistungen des Auftragnehmers nach den jeweils geltenden steuerrechtlichen Anforderungen mit dem vor der Erhöhung geltenden Umsatzsteuersatz besteuert werden.

10.8. Der Auftragnehmer hat, soweit mit dem Auftraggeber nichts anderes vereinbart ist, für die Ausführung von Sonderwünschen des Pächters mit diesem direkt eine Vergütungsregelung zu treffen und ihm gegenüber abzurechnen.

11. Abrechnung und Zahlung

11.1. Abschlagszahlungen auf den Pauschalfestpreis erfolgen gemäß Baufortschritt. Zur Bestimmung der Abschlagszahlung ist der tatsächlich erbrachte Leistungsstand maßgeblich, den der Auftragnehmer nachzuweisen hat und der von den Vertragsparteien gemeinsam einmal monatlich vor Ort festgestellt wird.

11.2. Abschlagszahlungen werden spätestens 21 Kalendertage nach Zugang der prüffähigen Rechnung und des Nachweises des tatsächlichen Leistungsstandes vom Auftraggeber geleistet, sofern

11.2.1. der Leistungsstand vom Auftraggeber anerkannt oder vom Auftragnehmer in sonst geeigneter Form nachgewiesen ist;

- 11.2.2. der Auftragnehmer zusammen mit der Abschlagsrechnung eine aktuelle und von einem bevollmächtigten Vertreter des Auftragnehmers unterzeichnete Erklärung vorlegt, dass die Freistellungsbescheinigung nach § 48 b Einkommenssteuergesetz (EStG) nicht widerrufen wurde;
- 11.2.3. die Vertragserfüllungsbürgschaft gemäß Ziffer 15.1 vorliegt;
- 11.2.4. die Versicherungsnachweise gemäß Ziffer 14.3 vom Auftragnehmer erbracht worden sind.
- 11.3. Bestehen zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des erreichten Leistungsstandes, so kann dieser auf Antrag einer Vertragspartei durch einen dann gemeinsam zu beauftragenden öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen als Schiedsgutachter festgestellt werden. Können sich die Vertragsparteien nicht innerhalb einer Woche auf einen Schiedsgutachter einigen, so ist auf Antrag eines Beteiligten durch den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Mittleres Ruhrgebiet in Bochum ein öffentlicher bestellter und vereidigter Sachverständiger als Schiedsgutachter zu bestimmen. Die Kosten des Schiedsgutachters sind von den Vertragsparteien in entsprechender Anwendung der §§ 91 ff. ZPO zu tragen.
- 11.4. Die Schlussrechnung ist innerhalb von sechs Wochen nach Fertigstellung der Leistung und Abnahme mit allen notwendigen Unterlagen in prüffähiger Form und dem Ausweis der Umsatzsteuer dem Auftraggeber zuzuleiten. In der Schlussrechnung müssen die bisher geleisteten Abschlagszahlungen nochmals einzeln aufgeführt werden.

Die Schlusszahlung erfolgt innerhalb von zwei Monaten nach Abnahme und Erhalt der prüffähigen Schlussrechnung. Der Auftraggeber ist berechtigt, von der Schlusszahlung eine Sicherheit für die Erfüllung von Gewährleistungsverpflichtungen einzubehalten.
- 11.5. Bis zur Vorlage der folgenden Unterlagen steht dem Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht in angemessener Höhe bis maximal zur gesamten Schlusszahlung zu:
 - 11.5.1. beanstandungsfreie Schlussabnahmebescheinigung der zuständigen Baubehörde;
 - 11.5.2. beanstandungsfreie sonstige behördliche Abnahmebescheinigungen;
 - 11.5.3. beanstandungsfreie Prüfzeugnisse;
 - 11.5.4. vollständige und korrekte Revisionsunterlagen und alle sonstigen für die Nutzung des Bauwerks notwendigen Unterlagen in prüffähiger Form;
 - 11.5.5. Erledigung und mangelfreie Abnahme aller Restleistungen;
 - 11.5.6. Mängelfreiheit.
- 11.6. Beahlt der Auftraggeber Abschlagszahlungen (Ziffer 11.2) innerhalb von [...] Werktagen nach Erhalt der Rechnung, so ist er berechtigt, einen Skontobetrag in Höhe von [...] Prozent der Bruttoabrechnungssumme in Abzug zu bringen. Der Auftraggeber ist zum Abzug des vereinbarten Skontobetrages auf die jeweilige Abschlagsrechnung berechtigt, soweit diese innerhalb der vereinbarten Skontierungsfrist bezahlt wird. Es ist nicht erforderlich, dass der Auftraggeber sämtliche Abschlagszahlungen innerhalb der vereinbarten Skontierungsfrist bezahlt.
- 11.7. Bezahlte der Auftraggeber die Schlussrechnung (Ziffer 11.4) innerhalb von [...] Werktagen nach Erhalt der Rechnung, ist er berechtigt, einen Skontobetrag in Höhe von [...] Prozent der Bruttoschlussrechnungssumme in Abzug zu bringen.
- 11.8. Zahlungen sind gemäß Ziffern 11.2 und 11.4 sowie Ziffern 11.6 und 11.7 rechtzeitig geleistet, wenn die Zahlung innerhalb der Zahlungs- bzw. Skontierungsfrist vom Auftraggeber angewiesen worden sind, d.h. Überweisungsaufträge des Auftraggebers innerhalb der jeweiligen Frist gegenüber dem ausführenden Kreditinstitut erteilt worden sind. Auf die Gutschrift auf dem Konto des Auftragnehmers kommt es hinsichtlich der Rechtzeitigkeit nicht an. Auf Verlangen des Auftragnehmers weist der Auftraggeber die Anweisung nach.

- 11.9. Im Falle der Ziffer 10.7 verpflichtet sich der Auftragnehmer über Teilentgelte Rechnungen mit gesondert ausgewiesener Umsatzsteuer zu legen. Die Abrechnung und Vergütung der Umsatzsteuer haben jedoch vorrangig und in jedem Fall nach den gesetzlichen Bestimmungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit zu erfolgen.
- 11.10. Der Auftragnehmer hat im Hinblick auf das Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe (Bauabzugssteuer) eine gültige Freistellungserklärung gemäß § 48 b EStG im Original oder als beglaubigte Kopie vorzulegen. Liegt eine gültige Freistellungserklärung gemäß § 48 b EStG bei Fälligkeit von Forderungen aus Abschlagsrechnungen oder der Schlussrechnung nicht vor, hat der Auftraggeber 15% der jeweils fälligen Zahlung gemäß §§ 48 ff. EStG als Steuerabzug vorzunehmen. Diesen Steuerabzug muss der Auftragnehmer als auf den Werklohn geleistet gegen sich gelten lassen. Für eine Inanspruchnahme des Auftraggebers wegen Zahlungsrückständen des Auftragnehmers oder seiner Nachunternehmer haftet der Auftragnehmer.
- 11.11. Der Auftragnehmer hat im Falle einer Überzahlung den zu viel erhaltenen Betrag innerhalb von zehn Kalendertagen nach Zugang der Zahlungsaufforderung zurückzubezahlen. Dabei kann er sich nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 11.12. Bei Gewährung eines Preisnachlasses wird dieser für alle Positionen dieses Vertrages einschließlich aller Tagelohnarbeiten, Tagelohnmaterialien und eventuelle Nachtragspositionen gewährt.
- 11.13. Ihre Rechnungen sind an die folgende E-Mailadresse des Auftraggebers zu richten: rg-bosb@bochum-wirtschaft.de.
- 11.14. Der Auftragnehmer hat auf jeder Rechnung die Nummer der Wirtschaftseinheit (WI-Nummer) aufzuführen, unter der das Bauvorhaben beim Auftraggeber geführt wird. Betrifft das Bauvorhaben mehrere Wirtschaftseinheiten, wird der Auftragnehmer die Rechnungen entsprechend einem vom Auftraggeber vorgegebenen Schlüssel nach den Wirtschaftseinheiten aufschlüsseln.

12. Abnahme

- 12.1. Sobald der Auftragnehmer seine Leistung überwiegend fertiggestellt hat und nach seiner Meinung kurzfristig Abnahmereife gegeben ist, teilt er dies dem Auftraggeber mit und fordert ihn schriftlich zu einer technischen Vorbegehung mit einer Frist von 12 Werktagen auf. Diese Vorbegehung, bei der auch die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der technischen Einrichtungen durch Lauftests nachzuweisen ist, ist lediglich technischer Natur und führt keinesfalls zu einer Abnahme im rechtlichen Sinn. Über die Vorbegehung wird ein schriftliches Protokoll angefertigt, in dem etwaige Mängel, Beanstandungen oder Restarbeiten - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - festzuhalten sind.
- 12.2. Der Auftragnehmer hat den Termin zur Abnahme zwei Wochen im Voraus anzukündigen. Der Auftragnehmer kann den Auftraggeber erst zur Abnahme auffordern, nachdem
- 12.2.1. die im Protokoll der Vorbegehung festgestellten wesentlichen Mängel, Beanstandungen oder Restarbeiten abgearbeitet sind und der Auftragnehmer dem Auftraggeber hierüber schriftlich Bericht erstattet hat;
- 12.2.2. sämtliche vom Auftragnehmer vor der Abnahme beizubringende behördliche Abnahmen und Prüfbescheinigungen ohne wesentliche Beanstandungen, Auflagen oder Vorbehalte vorliegen. Soweit die endgültigen Fassungen noch nicht vorliegen, können aktuelle Vorabzüge vorgelegt werden. Die Vorlage der endgültigen Fassung hat spätestens binnen sechs Wochen nach Abnahme zu erfolgen.
- 12.3. Die Abnahme wird förmlich durch beiderseitige Unterzeichnung eines Protokolls erfolgen. Bei einer mehrtägigen Abnahmeprüfung gilt der letzte Tag als Tag der Abnahme. Im Protokoll sind etwaige Restleitungen und Mängel festzuhalten.

- 12.4. Der Auftragnehmer hat an der Abnahme aktiv mitzuwirken und muss erforderliche Arbeitskräfte und Messgeräte auf seine Kosten bereitstellen.
- 12.5. Der Auftraggeber ist u.a. berechtigt, die Abnahme zu verweigern, wenn
- 12.5.1. die Leistungen noch nicht bzw. nicht vollständig oder nicht ohne wesentliche Mängel sind;
- 12.5.2. nicht alle zum Betrieb des Bauvorhabens erforderlichen Revisions- oder sonstigen Unterlagen (Anlage 04) dem Auftraggeber übergeben sind. Soweit die endgültigen Fassungen noch nicht vorliegen, können aktuelle Vorabzüge vorgelegt werden. Die Vorlage der endgültigen Fassung erfolgt spätestens sechs Wochen nach Abnahme; der Erfüllungsanspruch besteht bis zu deren endgültigen Vorlage trotz Abnahme des Bauvorhabens als „nachlaufende“ Leistung fort.
- 12.5.3. Schutt, Müll, Verpackungsmaterial etc. nicht beseitigt sind und dies einem nicht nur unwesentlichen Mangel gleichsteht;
- 12.5.4. Verschmutzungen im Leistungsbereich des Auftragnehmers oder im Leistungsbereich Dritter, verursacht durch den Auftragnehmer, nicht beseitigt sind und dies einem nicht nur unwesentlichen Mangel gleichsteht;
- 12.5.5. zum Betrieb des Bauvorhabens erforderliche behördliche Abnahme- und Prüfbescheinigungen nicht oder nicht ohne wesentliche Beanstandungen, Auflagen oder Vorbehalte vorliegen;
- 12.5.6. die Baustelleneinrichtung noch nicht in allen wesentlichen Bereichen entfernt wurde und dies den Betrieb des Bauvorhabens oder den Trainingsbetrieb beeinträchtigt;
- 12.5.7. nicht alle Termine über die Einweisung und Schulungen des Bedienpersonals für alle technischen Einrichtungen stattgefunden haben oder terminiert wurde.
- 12.5.8. Die Häufung von optischen Mängeln, Reinigungsmängeln oder unwesentlichen Mängeln steht einem wesentlichen Mangel gleich.
- 12.6. Die Abnahme erfolgt ausschließlich durch eine förmliche Abnahme nach § 12 VOB/B. Eine fiktive Abnahme nach § 12 Abs. 5 VOB/B ist ausgeschlossen. Eine fiktive Abnahme nach § 640 Abs. 2 Satz 1 BGB kann nur für die Endabnahme und nur dann erfolgen, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, der Auftragnehmer die Geschäftsführung des Auftraggebers unter schriftlicher Aufforderung zur Abnahme mit einer Frist von mindestens drei Wochen aufgefordert hat und vom Auftraggeber binnen dieser Frist kein Termin für eine förmliche Abnahmebegehung benannt wird, welcher innerhalb von zwei Wochen, gerechnet ab der Benennung, liegt.
- 12.7. Die Aufforderung zu einer Zustandsfeststellung im Sinne von § 650g BGB (Zustandsfeststellung bei Verweigerung der Abnahme) hat in Textform mit einer Frist von mindestens zwei Wochen vorher zu erfolgen. Eine Zustandsfeststellung können sowohl der Auftragnehmer als auch der Auftraggeber verlangen. Die Ergebnisse sind aussagekräftig und schriftlich zu protokollieren. Jede Partei trägt die Kosten der Zustandsfeststellung selbst.
- 12.8. Es kann aus dem Umstand, dass infolge von Termindruck bereits vor einer förmlichen Abnahme Teile des Gebäudes in Nutzung genommen wird, keine konkludente Abnahme gefolgert werden. Gleiches gilt, wenn Einbauten (auch durch Nutzer) vor Abnahme vorgenommen werden. Insoweit erfolgt eine Zustandsfeststellung gemäß Ziffer **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** Behördliche Abnahmen oder Inbetriebnahme des Nachwuchsleistungszentrums durch den Auftraggeber ersetzen nicht die förmliche Abnahme.
- 12.9. Eine Abnahme von Teilleistungen erfolgt, soweit keine abweichenden Vereinbarungen getroffen werden, grundsätzlich nicht. Die Ziffern 10.7 sowie 11.9 bleiben ausdrücklich unberührt.

- 12.10. Soweit bei der Abnahme Mängel vorbehalten werden, trägt der Auftragnehmer weiter die Beweislast für die mangelfreie Leistungserbringung.
- 12.11. Die Abnahme setzt voraus, dass der Auftragnehmer dem Auftraggeber aktuelle Bestands- und Revisionspläne aller baulichen und technischen Anlagen sowie alle Prüfatteste, Abnahmebescheinigungen etc. von staatlichen oder hierfür bestimmten Stellen für die Anlagen, die einer Abnahme bedürfen, in zweifacher Ausführung in Ordern und digital mit Inhaltsverzeichnis übergibt und übereignet. Ferner wird eine Liste der an der Durchführung des Bauvorhabens beteiligten Firmen und Nachunternehmern mit Anschriften, Telefonnummern und Namen des jeweiligen Sachbearbeiters ausgehändigt. Sofern der Auftragnehmer die Dokumentation nicht rechtzeitig vorlegt, ist der Auftraggeber berechtigt, einen Anteil der Vergütung in Höhe von EUR 25.000,00 netto zurückzubehalten oder nach seiner Wahl die Vertragserfüllungsbürgschaft in gleicher Höhe nicht frei- bzw. herauszugeben.
- 12.12. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, vor der Abnahme den Auftraggeber oder von ihm rechtzeitig benanntes Bedienungspersonal (oder künftige Nutzer, Betreiber und Verwalter) in die Bedienung aller technischen Anlagen in ausreichendem Umfang einzuweisen. Zur Abnahme ist dem Auftraggeber ein hierüber erstelltes Einweisungsprotokoll vorzulegen.
- 12.13. Mit der Abnahme der Bauleistung des Auftragnehmers sind auch die erbrachten Architekten- und Ingenieurleistungen abgenommen; eine gesonderte Abnahme findet hierüber nicht statt.

13. Mängelansprüche

- 13.1. Soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist, schließen die Vertragsparteien ein Rücktrittsrecht beider Parteien aus.
- 13.2. Der Gewährleistungsumfang für Bauleistungen richtet sich vorbehaltlich der Fristenregelungen in Ziffer 13.5 nach der VOB/B, für Ingenieur- und Planungsleistungen nach dem BGB. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass das Werkvertragsrecht auch auf solche Leistungen des Auftragnehmers Anwendung findet, die die Lieferung herzustellender oder zu erzeugender beweglicher Sachen zum Gegenstand haben.
- 13.3. Leistungen des Auftragnehmers, die nach Beginn mit der Ausführung und vor Abnahme als mangelhaft und vertragswidrig erkannt werden, hat der Auftragnehmer auf eigene Kosten durch mangelfreie zu ersetzen. Kommt der Auftragnehmer dieser Pflicht zur Beseitigung des Mangels nicht nach, so kann der Auftraggeber nach Ablauf einer angemessenen Frist eine Ersatzvornahme auf Kosten des Auftragnehmers veranlassen oder den Vertrag kündigen.

Der Auftragnehmer hat etwaige in Zusammenhang mit dem Mangel oder der Vertragswidrigkeit entstandene Schäden zu ersetzen, es sei denn, er hat den Mangel oder die Vertragswidrigkeit nicht zu vertreten.
- 13.4. Der Auftraggeber kann mehr als nur unwesentliche Mängel, insbesondere solche, die den laufenden Trainingsbetrieb auf dem Campus Hiltroper Straße spürbar beeinträchtigen, auch bereits vor Abnahme auf Kosten des Auftragnehmers beseitigen lassen, wenn der Auftragnehmer der Aufforderung zur Mängelbeseitigung in einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist nicht nachkommt. Einer Kündigung bedarf es hierzu ausdrücklich nicht.
- 13.5. Die Verjährungsfristen für Mängelansprüche betragen
 - 13.5.1. für Mängel an der kompletten Außenhaut aller Gebäude (insbesondere Dach, Dachfläche, Außenwände, Fassade, Bodenplatte, insbesondere sämtliche Abdichtungsarbeiten gegen Bodenfeuchtigkeit, nicht drückendes, drückendes und ansonsten temporär drückendes Wasser), bei Abschluss eines Wartungsvertrages zehn Jahre; ansonsten fünf Jahre.
 - 13.5.2. für alle Bauleistungen, die nicht unter die übrigen Regelungen fallen, fünf Jahre;

- 13.5.3. für sonstige maschinelle und elektronische/elektrotechnische Anlagen oder Teile davon, bei denen die Wartung Einfluss auf die Sicherheit und Funktion hat, bei Abschluss eines Wartungsvertrages fünf Jahre, ansonsten zwei Jahre;
- 13.5.4. für Leuchtmittel zwei Jahre;
- 13.5.5. für sonstige Leistungen, insbesondere der Architekten- und Ingenieurleistungen gelten die Gewährleistungsfristen der gesetzlichen Bestimmungen des Werkvertragsrechts nach BGB.
- 13.6. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber sechs Wochen vor Ablauf der jeweiligen Mängelverjährungsfrist schriftlich zur Nachbegehung aufzufordern zwecks gemeinsamer Feststellung etwaiger Mängelansprüche. Versäumt er dies, so verlängert sich die betreffende Mängelverjährungsfrist um weitere sechs Monate.
- 13.7. Wartungsverträge können auch durch den Pächter und auch mit Drittunternehmen abgeschlossen werden. Der Auftragnehmer wird seine Nachunternehmer veranlassen, dem Auftraggeber / Nutzer angemessene Wartungsverträge unterschriftsreif anzubieten. Die Wartungsangebote müssen eine Mindest-Bindungsfrist von sechs Monaten nach der letzten Abnahme des Bauvorhabens vorsehen. Der Auftraggeber ist zum Abschluss dieser Wartungsverträge nicht verpflichtet.
- 13.8. Mängel- und Schadensersatzansprüche des Auftraggebers richten sich, sofern dieser Vertrag keine abweichende Regelung trifft, nach der VOB/B. Die Beschränkungen des § 13 Abs. 7 Nr. 2 bis 4 VOB/B finden keine Anwendung.
- 13.9. Die bei der Abnahme festgestellten Mängel oder Minderleistungen müssen in einer von dem Auftraggeber festgesetzten angemessenen Frist von dem Auftragnehmer kostenlos beseitigt werden. Dies gilt ausdrücklich auch für sog. „optische“ Mängel. Der Auftragnehmer kann sich hinsichtlich der Herstellung einer vertragsgerechten Leistung nicht auf Unverhältnismäßigkeit berufen. Minderleistungen sind auf Wunsch des Auftraggebers als Minderung von der Vergütung abzusetzen. Auch die Mängelbeseitigungsarbeiten sind förmlich abzunehmen.
- 13.10. Die Art der Mängelbeseitigung ist mit dem Auftraggeber abzustimmen. Mängelbeseitigungsarbeiten sind unter Berücksichtigung der Belange des Auftraggebers, der Pächter, des Trainingsbetriebs und der sonstigen Nutzungen auszuführen.
- 13.11. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung zur Mängelbeseitigung in einer vom Auftraggeber gesetzten angemessenen Frist nicht nach, so kann der Auftraggeber die Mängel auf Kosten des Auftragnehmers beseitigen lassen oder wahlweise die Vergütung mindern.
- 13.12. Bei schriftlicher Aufforderung zur Mängelbeseitigung durch den Auftraggeber hat der Auftragnehmer die Erledigung der Mängelbeseitigung schriftlich beim Auftraggeber anzuzeigen.
- 13.13. Die vereinbarte Verjährungsfrist beginnt mit Zugang einer schriftlichen Mängelrüge für die gerügten Mängel erneut zu laufen. Eine Mängelrüge des Auftraggebers gilt zudem als „Beginn der Verhandlung“ nach § 203 BGB und hemmt die Verjährung des Mängelanspruches.
- 13.14. Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, mehr als zwei Nacherfüllungsversuche wegen Sachmängeln zu dulden. Er kann dann die Nacherfüllung für fehlgeschlagen erklären.
- 13.15. Auch bei Durchführung einer Selbstvornahme durch den Auftraggeber verbleibt die Mängelhaftung und Verantwortung für die Werkleistung des Auftragnehmers beim Auftragnehmer. Für den Fall der Selbstvornahme wird hiermit klargestellt, dass der Auftragnehmer die Beweislast für die Mangelhaftigkeit der Selbstvornahme und eventueller Auswirkungen dieser Mängel über den Bereich des Gewerkes hinaus zu tragen hat.
- 13.16. Während der Verjährungsfrist für Mängelansprüche ist der Auftragnehmer über seine Pflicht zur eigenen Mängelbeseitigung hinausgehalten, etwaige Mängelbeseitigungsmaßnahmen

seiner Nachunternehmer zu überwachen, etwaige Haftungsansprüche gegenüber diesen zu verfolgen sowie die Feststellung und Verfolgung aller während der Verjährungsfrist eventuell auftretenden Mängel durch geeignete Fachleute bzw. Sachverständige vornehmen zu lassen. Der Auftragnehmer hat insbesondere ungeachtet seiner eigenen Verantwortung alle erforderlichen Maßnahmen zur Hemmung oder Unterbrechung von Verjährungsfristen seiner Nachunternehmer zu treffen.

- 13.17. Der Auftragnehmer darf mit den Nachunternehmern keine kürzeren Verjährungsfristen als die in diesem Vertrag bestimmten vereinbaren. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber innerhalb eines Monats nach Abnahme eine Aufstellung der mit den Nachunternehmern vereinbarten Verjährungsfristen für Mängelansprüche übergeben.

14. Gefahrtragung, Versicherungen und Haftung

- 14.1. Die Gefahrtragung richtet sich ausschließlich nach § 644 BGB; der Auftragnehmer trägt die Gefahr des (auch zufälligen) Unterganges und der Verschlechterung des Bauvorhabens bis zur Abnahme.
- 14.2. Der Auftragnehmer hat alle zur Sicherung der Baustelle nach den gesetzlichen, polizeilichen und umwelt-rechtlichen Vorschriften, nach den Unfallverhütungsvorschriften, den Bestimmungen des Gewerbeaufsichtsamtes und der Baustellenverordnung erforderlichen Maßnahmen für die Dauer der Bauzeit unter eigener Verantwortung auszuführen oder diese zu veranlassen. Er haftet für sämtliche aus der schuldhaften Unterlassung solcher Maßnahmen dem Auftraggeber oder sonstigen Dritten erwachsenden Schäden.
- 14.3. Darüber hinaus haftet der Auftragnehmer für alle schuldhaft verursachten Schäden aus Einrichtungen und/oder dem Betrieb der Baustelle, die dem Auftraggeber oder sonstigen Dritten zugefügt werden und für solche Schäden, die durch Nichtbeachtung behördlicher oder gesetzlicher Vorschriften/Auflagen entstehen.
- 14.4. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber in den vorbeschriebenen Fällen von allen eventuellen Schadensersatzforderungen Dritter freizustellen.
- 14.5. Der Auftragnehmer und der Auftraggeber schließen für das Bauvorhaben folgende Versicherungen ab:
- 14.5.1. der Auftraggeber eine Bauherrenhaftpflichtversicherung;
- 14.5.2. der Auftragnehmer eine Betriebshaftpflichtversicherung gemäß Ziffer 14.6;
- 14.5.3. der Auftragnehmer ferner eine Bauleistungsversicherung (einschließlich Feuerversicherung) unter Einschluss des Bauherrenrisikos einschließlich Klausel 70 zu den ABN (Schäden durch Sturm und Leitungswasser an fertiggestellten Teilen von Bauwerken) und unter ausdrücklicher Berücksichtigung des laufenden Spielbetriebs für die gesamte Bauzeit bis zur Abnahme sämtlicher Leistungen des Auftragnehmers. Der Mindestselbstbehalt dieser Bauleistungsversicherung beträgt maximal bei allgemeinen Sachschäden EUR 100.000,00 und bei Feuerschäden EUR 250.000,00 je Schadensfall sollte diesen nicht überschreiten.
- 14.6. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Dauer der Bauzeit und der Gewährleistungszeit eine Betriebshaftpflichtversicherung mit Versicherungssummen von mindestens EUR 10.000.000,00 für Personen- sowie Sach- und Vermögensschäden je Schadensfall auf seine Kosten abzuschließen, zu unterhalten und binnen zwei Wochen nach Vertragschluss durch Vorlage des Versicherungsvertrages nebst Versicherungspolice sowie der Versicherungsbedingungen nachzuweisen. Die Versicherung muss Schäden insbesondere einschließlich: Bearbeitungsschäden, Mietsachenschäden, Leitungsschäden, Unterfangungs-/Unterfahrungsschäden, Allmählichkeits- und Abwasserschäden, Schäden durch Abhandenkommen von Sachen und Schlüsseln und die Beauftragung von Subunternehmern abdecken.

- 14.7. Bis zur Abnahme nach Ziffer 12 hat der Auftragnehmer die Zahlung der Versicherungsprämien unaufgefordert binnen zwei Wochen nach Erfüllung gegenüber dem Auftraggeber nachzuweisen. Erfolgt einer der vorgenannten Nachweise trotz Aufforderung unter Fristsetzung nicht fristgemäß, ist der Auftraggeber berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, eine solche Versicherung auf Kosten des Auftragnehmers abzuschließen.
- 14.8. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.
- 14.9. Für den Fall der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers oder einer Ablehnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse tritt der Auftragnehmer bereits jetzt alle künftigen Ansprüche aus der Betriebshaftpflichtversicherung und der Bauleistungsversicherung gegen seine Versicherung zur eigenen Geltendmachung an den Auftraggeber ab, der diese Abtretung annimmt (aufschiebend bedingte Sicherungsabtretung).
- 14.10. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Sozialversicherungsbeiträge für seine auf der Baustelle eingesetzten Arbeitnehmer rechtzeitig und vollständig abzuführen und auch bei etwaigen Nachunternehmern für die rechtzeitige und vollständige Abführung der Sozialversicherungsbeiträge für deren auf der Baustelle eingesetzte Arbeitnehmer Sorge zu tragen. Er wird dem Auftraggeber die Erfüllung dieser Verpflichtung auf Verlangen nachweisen.
- 14.11. Der Auftragnehmer tritt für alle von ihm oder seinen Nachunternehmern oder seinen Erfüllungsgehilfen verursachten Personen-, Sach- und sonstigen Schäden ein, die bei der Erstellung des Bauvorhabens entstehen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber insoweit von allen Ansprüchen Dritter, insbesondere Schadensersatzansprüchen, frei, unabhängig vom Verschulden durch ihn oder seine Nachunternehmer bzw. jeweils vom ihm Beauftragten. Dies gilt insbesondere für Ansprüche von Besuchern, Spielern, Mitarbeitern der am Trainingsbetrieb beteiligten Vereine, des Pächters, dessen Mitarbeitern und Nachbarn wegen Beeinträchtigungen durch Lärm, Staub oder Schäden an Gebäuden. Dem Auftraggeber steht hinsichtlich des Freistellungsanspruchs das Wahlrecht zu, Zahlung an sich oder an Dritte zu verlangen. Ist ein Mangel auf ein Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen zurückzuführen, so ist der Auftragnehmer außerdem verpflichtet, dem Auftraggeber alle unmittelbaren und mittelbaren Schäden einschließlich aller Mangelfolgeschäden zu ersetzen.

15. Sicherheiten

- 15.1. Der Auftragnehmer hat auf eigene Kosten
- 15.1.1. innerhalb von zwölf Werktagen nach Vertragsschluss eine Vertragserfüllungsbürgschaft (dazu Ziffer 15.2) in Höhe von zehn Prozent des Brutto-Pauschalpreises gemäß Ziffer 10.1 sowie
- 15.1.2. mit der Schlussrechnung eine Bürgschaft für Mängelansprüche (dazu Ziffer 15.3) in Höhe von fünf Prozent der Brutto-Schlussrechnungssumme

zu stellen. Es muss sich um selbstschuldnerische, unbedingte, unbefristete und unwiderufliche Bürgschaften von in der europäischen Union zugelassenen Banken, Sparkassen oder Kreditversicherern mit einem Sitz oder jedenfalls einer Niederlassung in Deutschland handeln. Die Bürgschaften dürfen keine Hinterlegungsklausel enthalten und müssen als Gerichtsstand Bochum vorsehen. Die Bürgschaftsurkunden haben klarzustellen, dass die Bürgschaften in keinem Fall früher verjähren als die gesicherte Forderung. Die Vertragserfüllungsbürgschaft und Bürgschaft für Mängelansprüche sind nicht auf erstes Anfordern zu stellen.

Die Bürgschaften können verwertet werden, wenn der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder ersichtlich nicht nachkommen kann (z.B. wegen Insolvenz).

- 15.2. Die Vertragserfüllungsbürgschaft gemäß Ziffer 15.1.1 muss die Erfüllung aller Verpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag absichern einschließlich:
 - 15.2.1. vor und im Rahmen der Abnahme gerügten Mängeln;
 - 15.2.2. Freihaltungsansprüchen wegen Durchgriffshaftung (§ 14 AentG, § 13 MiLoG, § 28a Abs. 3a SGB IV, § 150 Abs. 3 SGB VII etc.);
 - 15.2.3. etwaiger Rückzahlungsansprüche einschließlich der Zinsen;
 - 15.2.4. Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung,
 - 15.2.5. nicht jedoch Mängelrechte aufgrund von nach der Abnahme gerügten Mängeln.
 - 15.2.6. Nach der Abnahme der Bauleistungen (einschließlich aller „nachlaufenden“ Leistungen), Beseitigung aller vor und während der Abnahme festgestellten Mängel sowie Vorlage der vollständigen Revisionsunterlagen und einer prüffähigen Schlussrechnung kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Vertragserfüllungsbürgschaft gemäß Ziffer 15.1.1 zurückgegeben wird, wenn diese bis dahin nicht in Anspruch genommen wurde und alle bis dahin erhobenen Ansprüche des Auftraggebers erfüllt sind. Hinsichtlich der vor und im Rahmen der Abnahme festgestellten Mängel kann der Auftraggeber statt eines Zurückbehaltens der Vertragserfüllungsbürgschaft ein Zurückbehaltungsrecht nach Ziffer 11.5 geltend machen.
- 15.3. Die Bürgschaft für Mängelansprüche gemäß Ziffer 15.1.2 muss absichern:
 - 15.3.1. Mängelansprüche aus nach der Abnahme während der gesamten Verjährungszeit gerügten Mängel;
 - 15.3.2. Freihaltungsansprüche wegen Durchgriffshaftung (§ 14 AentG, § 13 MiLoG, § 28a Abs. 3a SGB IV, § 150 Abs. 3 SGB VII etc.);
 - 15.3.3. etwaige Rückzahlungsansprüche einschließlich der Zinsen;
 - 15.3.4. Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung;
 - 15.3.5. nicht jedoch Erfüllungsansprüche und Mängelrechte aufgrund von vor und im Rahmen der Abnahme gerügten Mängeln.
- 15.4. Die Bürgschaft für Mängelansprüche gemäß Ziffer 15.1.2 ist nach Ablauf der letzten Verjährungsfrist zurückzugeben, wenn diese bis dahin nicht in Anspruch genommen wurde und alle bis dahin erhobene Ansprüche des Auftraggebers aufgrund nach der Abnahme gerügten Mängeln erfüllt sind. Der Auftragnehmer kann nach Ablauf der fünfjährigen Verjährungszeit verlangen, dass die Bürgschaft für Mängelansprüche gemäß Ziffer 15.1.2 freigegeben wird, wenn diese bis dahin nicht in Anspruch genommen wurde und alle bis dahin erhobene Ansprüche des Auftraggebers erfüllt sind.
 - 15.4.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, verwertete Sicherheiten unverzüglich wieder auf die vereinbarte Höhe aufzufüllen.
- 15.5. § 650e BGB wird ausdrücklich abbedungen. Die Rechte des Auftragnehmers aus § 650f BGB bleiben unberührt.
- 15.6. Für die Sicherheiten gilt im Übrigen § 17 VOB/B.

16. Kündigung

- 16.1. Unbeschadet der Regelungen der §§ 8 und 9 VOB/B besteht das Recht zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund nach § 648a BGB, wenn eine schuldhafte Handlung oder Unterlassung einer der Vertragsparteien im Zuge der Vertragsdurchführung den Vertragszweck gefährdet und der anderen Vertragspartei die Fortsetzung des Vertrages unzumutbar macht.

Ein wichtiger Grund zur Kündigung durch den Auftraggeber liegt insbesondere dann vor, wenn

- 16.1.1. der Auftragnehmer bezüglich des Bauvorhabens unzulässige Preisabsprachen mit Dritten trifft;
- 16.1.2. der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Bauvorhabens befasst sind, Vorteile bietet, verspricht oder gewährt;
- 16.1.3. der Auftragnehmer ohne angemessenen Grund die Arbeit nicht aufnimmt oder unterbricht;
- 16.1.4. der Auftragnehmer die Arbeiten so langsam ausführt, dass die rechtzeitige Vertragserfüllung ausgeschlossen erscheint;
- 16.1.5. der Auftragnehmer es unterlässt, einer bindenden Weisung des Auftraggebers nachzukommen;
- 16.1.6. der Auftragnehmer nachhaltig und erheblich die Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen unterlässt;
- 16.1.7. bisher erbrachte Teilleistungen trotz angemessener Fristsetzung schwerwiegende Mängel aufweisen;
- 16.1.8. der Auftragnehmer seine Zahlungen einstellt, von ihm oder zulässigerweise vom Auftraggeber oder einem anderen Gläubiger das Insolvenzverfahren (§§ 14 und 15 InsO) beziehungsweise ein vergleichbares gesetzliches Verfahren beantragt ist, ein solches Verfahren eröffnet wird oder dessen Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird;
- 16.1.9. Werklohnforderungen des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber aus der erbrachten Leistung ganz oder teilweise mit Arrest belegt oder gepfändet werden;
- 16.1.10. sonstige Vertragsverletzungen von so erheblichem Gewicht vorliegen, dass das Vertrauen des Auftraggebers in die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des Auftragnehmers nachhaltig gestört ist.
und ihn der Auftraggeber hinsichtlich der unter den Ziffern 16.1.3 bis 16.1.10 genannten Gründe schriftlich unter Benennung der zu beanstandenden Umstände abgemahnt und der Auftragnehmer nicht unverzüglich nach Zugang der Abmahnung die beanstandeten Umstände behoben hat.
- 16.1.11. Hat der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, wie z. B. gemäß Ziffer 16.1, so steht diesem eine Vergütung ausschließlich für die bis zum Wirksamwerden der Kündigung ordnungsgemäß erbrachten Leistung zu. Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, in einem gemeinsamen Aufmaß den Leistungsstand zu ermitteln.
- 16.2. Der Auftraggeber ist darüber hinaus berechtigt, die Kündigung zu Lasten des Auftragnehmers auf vertragliche Teilleistungen zu beschränken, auch wenn es sich nicht um abgeschlossene Leistungen im Sinne der §§ 8 Abs. 3 Nr. 1 bzw. 12 Abs. 2 VOB/B handelt.
- 16.3. Nach einer Kündigung ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Baustelle unverzüglich zu räumen und dem Auftraggeber zu übergeben.
- 16.4. Im Falle einer Kündigung nach § 8 Abs. 1 VOB/B, § 648 BGB hat der Auftragnehmer die erbrachten Leistungen prüfbar abzurechnen. Als Vergütungsersatz für die infolge der Kündigung nicht mehr ausgeführten Leistungen enthält der Auftragnehmer eine angemessene Entschädigung in Höhe von 5 % der vertragsgemäßen Vergütung der nicht ausgeführten Bauleistung, wenn er nicht einen höheren Entschädigungsanspruch nachweist.

17. Leistungsverweigerungs- und Zurückbehaltungsrecht

- 17.1. Macht eine der Vertragsparteien ein Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht geltend, so ist sie verpflichtet, denjenigen Betrag zu beziffern, wegen dessen sie das Recht geltend machen will. Bestreitet die andere Vertragspartei die Berechtigung der Geltendmachung des Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrechtes, so ist sie berechtigt, die Geltendmachung durch Sicherheitsleistung in Höhe des bezifferten Betrages abzuwenden. Anstelle der Annahme der angebotenen Sicherheitsleistung kann der Auftragnehmer Zahlung verlangen, sofern er gleichzeitig – Zug um Zug – Sicherheit für einen etwaigen Rückzahlungsanspruch leistet.
- 17.2. Sicherheit kann geleistet werden durch Hinterlegung oder durch Stellung einer Bürgschaft einer in Deutschland zugelassenen Bank, Sparkasse oder eines anerkannten Kreditversicherers mit einem Sitz oder jedenfalls einer Niederlassung in Deutschland. Der Bürge verzichtet auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Vorausklage nach §§ 770 Abs. 1, 771 BGB sowie auf das Recht zur Hinterlegung.
- 17.3. Die Kosten der Sicherheitsleistung sind nur in dem Umfang von der die Sicherheit stellenden Vertragspartei zu tragen, in dem die Geltendmachung des Leistungsverweigerungs- bzw. Zurückbehaltungsrechtes unberechtigt war. Die verbleibenden Kosten der Sicherheitsleistung hat die die Sicherheit verlangende Vertragspartei zu tragen.
- 17.4. Sämtliche zuvor genannten Bestimmungen gelten auch dann, wenn der Auftragnehmer den Vertrag wegen Verzuges des Auftraggebers kündigen will und der Auftraggeber den Verzug bestreitet. Der Auftraggeber kann in diesem Fall die Kündigung durch Sicherheitsleistung abwenden.

18. Urheberrecht, Nutzung, Verwertung und Änderung der Planung

- 18.1. Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das ausschließliche, unwiderrufliche und unbeschränkte Recht ein, Planungen und Unterlagen sowie sonstige vom Auftragnehmer erbrachte Leistungen für das Bauvorhaben ganz oder teilweise ohne Mitwirkung des Auftragnehmers auch bei vorzeitiger Beendigung des Vertrages zu nutzen.
- 18.2. Das übertragene Recht umfasst die Befugnis des Auftraggebers, sämtliche Planungen und Unterlagen sowie das Bauwerk zu ändern, zu nutzen oder zu verwerten. Der Auftraggeber kann dieses Recht auf Dritte übertragen.
- 18.3. Die Gestaltung der Urheberrechtsbezeichnung wird in das Ermessen des Auftraggebers gestellt, der das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe des Auftraggebers oder eines Dritten hat. Der Auftraggeber ist befugt, alle etwa unter Leistungsschutz stehenden Pläne und Unterlagen des Auftragnehmers oder eines Dritten zu verwerten, anderen mitzuteilen, selbst oder durch andere zu nutzen.
- 18.4. Soweit der Auftragnehmer Dritte mit der Erbringung vertragsgegenständlicher Leistungen beauftragt hat, gewährleistet der Auftragnehmer dem Auftraggeber das uneingeschränkte Nutzungsrecht an diesen (gegebenenfalls urheberrechtlich geschützten) Leistungen und verpflichtet sich, mit den Dritten entsprechende vertragliche Regelungen zu vereinbaren.
- 18.5. Die Nutzungsrechte beinhalten weiterhin das Recht des Auftraggebers, Änderungen und Bearbeitungen an den Leistungen und Arbeitsergebnissen sowie der auf deren Grundlage errichteten Baumaßnahme vorzunehmen bzw. vornehmen zu lassen, einschließlich An- und Umbauten, Umgestaltungen, Erweiterungen, Nutzungsänderungen, Reparaturen und Modernisierungen, soweit damit keine Entstellungen des Werkes verbunden sind.
- 18.6. Durch die Übertragung der Nutzungsrechte bleibt das Urheberpersönlichkeitsrecht des Auftragnehmers oder des von ihm beauftragten Dritten unangetastet.
- 18.7. Das eingeräumte Nutzungs- und Verwertungsrecht ist unbefristet und unwiderruflich.

- 18.8. Mit dem in Ziffer 10.1 vereinbarten Pauschalpreis sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers aus der Übertragung der Nutzungs-, Verwertungs- und Änderungsrechte abgegolten.

19. Nachunternehmereinsatz

- 19.1. Der Auftragnehmer kann vertraglich geschuldete Leistungen an qualifizierte, erfahrene und leistungsfähige Nachunternehmer vergeben. Der Auftraggeber ist berechtigt, sich vom Auftragnehmer solche Nachunternehmer für die einzelnen Gewerke vor der Ausschreibung der entsprechenden Leistungen benennen zu lassen und einen entsprechenden Nachweis zur Eignung sowie Besondere Vertragsbedingungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW wie als Anlage 05 diesem Vertrag beigefügt vorlegen zu lassen. Der Auftragnehmer wird bereits bei seiner Angebotseinholung die Anlage 05 abfordern und diese dem Auftraggeber mit der Benennung der jeweiligen Nachunternehmer zur Verfügung stellen. Der Auftraggeber ist innerhalb einer Woche nach der jeweiligen Benennung und dem Nachweis der Eignung und Einhaltung der Tariftreue bei Vorliegen wichtiger Gründe abzulehnen. Soweit der Auftraggeber die möglichen Nachunternehmer nicht ablehnt, gilt dies nicht automatisch als Zustimmung des Auftraggebers zum Einsatz dieser Nachunternehmer, sondern bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung.
- 19.2. Der Einsatz von Nachunternehmern entbindet den Auftragnehmer nicht von seiner alleinigen Verpflichtung gegenüber dem Auftraggeber zur vollständigen Vertragserfüllung.
- 19.3. Der Auftragnehmer wird, sofern er Aufträge an Dritte vergibt, gemäß § 97 Abs. 4 Satz 1 bis 3 GWB verfahren. Ferner wird er bei der Weitervergabe von Leistungen den Wettbewerb sicherstellen und allen Bauaufträgen im Zusammenhang mit der Errichtung des Bauvorhabens die VOB Teil Bund Teil C zugrunde legen, wobei er § 8a EU Abs. 2 und 3 VOB/A (Ausgabe 2019) entsprechend zu beachten hat.
- 19.4. Beabsichtigt der Auftragnehmer die Vergabe von Leistungen an einen Nachunternehmer, so wird er den Auftraggeber hierüber informieren und ihm eine Frist von sieben Werktagen zur Stellungnahme einräumen. Erst nach Ablauf dieser Frist darf der Auftragnehmer die Leistungen an den Nachunternehmer vergeben.
- 19.5. Der Auftragnehmer hat mit allen Nachunternehmern folgende Regelung zu vereinbaren:
Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertrages zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber sind Nachunternehmer auf entsprechende Aufforderung des Auftraggebers verpflichtet, noch ausstehende Leistungen zu den Bedingungen und Preisen des zwischen ihnen und dem Auftragnehmer geschlossenen Nachunternehmervertrages direkt an den Auftraggeber zu erbringen und einen entsprechenden Vertrag mit dem Auftraggeber zu schließen. Der Auftraggeber zahlt auf Grundlage eines solchen Vertrages für die unmittelbar ihm gegenüber erbrachten Leistungen direkt an die jeweiligen Nachunternehmer. Eine Haftung des Auftraggebers für Ansprüche der jeweiligen Nachunternehmer gegen den Auftragnehmer sowie eine gesamtschuldnerische Haftung mit dem Auftragnehmer ist ausgeschlossen.
- 19.6. Der Auftraggeber ist berechtigt, die sofortige Ablösung eines Nachunternehmers oder den sofortigen Abzug von Leiharbeitskräften zu verlangen, sofern und soweit der Nachunternehmer im Zusammenhang mit der Erbringung aus Leistungen für das Projekt gegen ausländischer-, arbeits- oder sozialversicherungsrechtliche Vorschriften oder das Arbeitnehmerentsendegesetz verstößt. Dem Auftragnehmer stehen in diesem Fall keine Ansprüche auf Schadensersatz, Verdienstausfall oder sonstige Zahlungen gegen den Auftraggeber zu.
- 19.7. Bei ausländischen Nachunternehmern muss der Auftragnehmer zusätzlich zur Benennung der Nachunternehmer die für das betroffene Gewerk kalkulierte Mannstundenzahl mitteilen und nachweisen, dass der ausländische Nachunternehmer die Mindestentgelte zahlen und die Urlaubsbeiträge an die zuständigen Sozialkassen abführen wird. Das kann z.B. durch

eine Erklärung des Nachunternehmers erfolgen. Der Auftraggeber kann einen ausländischen Nachunternehmer nach freiem Ermessen ablehnen oder seine Zustimmung davon abhängig machen, dass der Auftragnehmer eine ausreichende Sicherheit wegen aller denkbaren Haftungsrisiken aus § 14 AEntG, § 13 MiLoG, § 28a Abs. 3a SGB IV und § 150 Abs. 3 SGB VII stellt.

- 19.8. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, dass es zu keiner Inanspruchnahme nach § 14 AEntG, § 13 MiLoG, § 28a Abs. 3a SGB IV, § 150 Abs. 3 SGB VII oder anderen Durchgriffshaftungsvorschriften im Zusammenhang mit seinem Leistungsbereich kommen wird und hält den Auftraggeber entsprechend frei. Erfolgt trotzdem eine Inanspruchnahme des Auftraggebers, so kann der Auftraggeber sofort die Stellung einer zusätzlichen Sicherheit in Höhe der geforderten Inanspruchnahme vom Auftragnehmer verlangen. Bis zur Stellung der Sicherheit ist der Auftraggeber berechtigt, Vergütungsansprüche des Auftragnehmers in entsprechender Höhe zurückzubehalten.
- 19.9. Als Baustellensprache wird deutsch festgelegt. Ausländische Auftragnehmer mit ausländischen Arbeitnehmern sind verpflichtet, Aufsichtspersonal auf die Baustelle zu entsenden, das mit den geltenden deutschen Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften hinreichend vertraut sowie ermächtigt und befähigt ist, in deutscher Sprache abgefasste Anordnungen und Verfügungen entgegenzunehmen, zu verstehen und zu erfüllen. Eine mit der deutschen Sprache in Wort und Schrift vertraute verantwortliche Aufsichtsperson muss stets auf der Arbeitsstelle zugegen bzw. auf der Baustelle erreichbar sein. Ferner hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass sämtliche von ihm oder seinen Nachunternehmern auf der Baustelle eingesetzten Mitarbeiter in der Lage sind bzw. in die Lage versetzt werden, sämtliche für die von ihnen auszuführenden Arbeiten erforderlichen Dokumente zu verstehen, zu befolgen bzw. umzusetzen. Für deutsche Auftragnehmer, welche ausländische Mitarbeiter einsetzen, gilt sinngemäß das gleiche. Für alle ausländischen Arbeitnehmer ist eine gültige Arbeitserlaubnis der örtlichen Bauleitung vorzulegen und auf der Baustelle vorzuhalten.

20. Abtretung

- 20.1. Eine Abtretung von Zahlungs- oder sonstigen Ansprüchen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber ist nur mit Zustimmung des Auftraggebers wirksam. Der Auftraggeber kann die Zustimmung nur aus berechtigtem Grund verweigern. Gleiches gilt für Verpfändungen und Sicherheitsübereignungen.
- 20.2. Der Auftragnehmer tritt seine Erfüllungs- und Mängelansprüche, die ihm gegen die von ihm beauftragten Nachunternehmer zustehen, sicherheitshalber an den Auftraggeber ab, der die Abtretung annimmt. Die Abtretung umfasst auch künftige Sicherheiten. Die Abtretung gilt ausdrücklich auch für den Fall der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers oder einer Ablehnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse. Sie umfasst ferner ausdrücklich auch etwaige vom Auftragnehmer mit einem Nachunternehmer vereinbarte längere Verjährungsfristen als die zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten.

Die Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer werden durch die Abtretung nicht berührt. Der Auftraggeber ermächtigt den Auftragnehmer bis zum Widerruf aus wichtigem Grund, die Erfüllungs- und Mängelansprüche im eigenen Namen gegenüber den Nachunternehmern geltend zu machen. Ein zum Widerruf berechtigter wichtiger Grund liegt vor, wenn der Auftragnehmer mit der Erfüllung der entsprechenden vertraglichen Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber in Verzug ist oder die entsprechenden vertraglichen Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer nicht mehr bestehen.

21. Veröffentlichungen/Werbung

- 21.1. Sämtliche Veröffentlichungen über das Bauvorhaben oder zu einzelnen Bauleistungen sind nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- 21.2. Werbung gleich welcher Art ist auf dem Baugrundstück außerhalb des vom Auftragnehmer aufzustellenden Bauschildes nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers erlaubt. Die üblichen Werbeträger auf Baugeräten o. Ä. sind genehmigt.

22. Verschwiegenheit

- 22.1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, sämtliche Informationen, die er vom Auftraggeber im Zusammenhang mit der Abwicklung und Erfüllung dieses Vertrages erhält, streng vertraulich zu behandeln. Der Auftragnehmer darf diese Informationen nur in dem Umfang verwenden, wie es für die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages unbedingt erforderlich ist. Unter Informationen werden insbesondere alle technischen, gewerblichen und finanziellen Mitteilungen verstanden, unabhängig von deren Übermittlungsform. Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass Dritte unberechtigt Zugang zu derartigen Informationen und Dokumenten erhalten, solange der Auftraggeber einer Offenlegung nicht ausdrücklich in schriftlicher Form zugestimmt hat.
- 22.2. Der Auftragnehmer wird sicherstellen, dass seine Mitarbeiter und Nachunternehmer nur dann und nur insoweit Zugang zu vertraulichen Informationen erhalten, als dies zur Erfüllung ihrer vertraglichen Aufgaben erforderlich ist. Der Auftragnehmer wird die Verpflichtung zur Vertraulichkeit an seine Mitarbeiter und Nachunternehmer weiterreichen und deren Einhaltung durch geeignete Maßnahmen sicherstellen. Im Falle einer Verletzung der Verschwiegenheitsverpflichtung wird der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich informieren.
- 22.3. Die vorstehenden Verpflichtungen zur Verschwiegenheit gelten nicht, soweit der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachweisen kann, dass:
 - 22.3.1. die betreffende Information dem Auftragnehmer bereits vor Übermittlung durch den Auftraggeber bekannt war und er hinsichtlich dieser Information keiner anderen Verschwiegenheitsverpflichtung unterlag;
 - 22.3.2. die Information dem Auftragnehmer von einem Dritten ohne Zutun des Auftragnehmers und ohne Verpflichtung zur Vertraulichkeit rechtmäßig bekannt gemacht wurde;
 - 22.3.3. die Information zum Zeitpunkt der Übermittlung durch den Auftraggeber bereits allgemein bekannt war;
 - 22.3.4. die Information nach der Übermittlung durch den Auftraggeber ohne Verschulden des Auftragnehmers allgemein bekannt geworden ist.

23. Bundesdatenschutzgesetz

- 23.1. Der Auftragnehmer ist damit einverstanden, dass der Auftraggeber personenbezogene Daten hinsichtlich des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter sowie aller im Auftrag des Auftragnehmers tätigen Unternehmen und Personen speichert und bearbeitet, soweit dies zur Erfüllung und Abwicklung des Bauvorhabens erforderlich ist.
- 23.2. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die geltenden Normen und gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz und zur Datensicherheit einzuhalten, und werden dies einander auf Anforderung bestätigen. Die Vertragsparteien werden sich über die Modalitäten eines datenschutzkonformen Datenaustauschs, insbesondere in den jeweiligen Einzelvorhaben, verständigen und die Qualitätsstandards zu Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität entsprechend dem Projektfortschritt festlegen. Die Vertragsparteien haben alle von ihnen mit der Bearbeitung oder Erfüllung des Vertrages betrauten Personen und

Nachunternehmer entsprechend zu verpflichten und diese Verpflichtung dem anderen Vertragspartner auf Verlangen nachzuweisen.

- 23.3. Sofern mit der Ausführung einer Leistung durch den Auftragnehmer auch Tätigkeiten verbunden sind, für die nach Auffassung des Auftraggeber der Abschluss eines Auftragsverarbeitungsvertrages im Sinne des Art. 28 DSGVO oder einer anderen datenschutzrechtlichen Vereinbarung erforderlich ist, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, einen solchen Vertrag auf Grundlage eines Musters des Auftraggeber mit den entsprechenden individuell erforderlichen Ergänzungen unverzüglich zu verhandeln und abzuschließen. Bei Leistungen mit Auslandsbezug ist der Auftragnehmer entsprechend dazu verpflichtet, auf Anforderung des Auftraggebers eine Vereinbarung zur Datenverarbeitung im Auftrag oder eine andere datenschutzrechtliche Vereinbarung auf der Grundlage eines vom Auftraggeber vorgegebenen Mustervertrages abzuschließen.

24. Schlussbestimmungen

- 24.1. Sämtliche Anlagen, die diesem Vertrag beigelegt sind, stellen, wie alle Unterlagen, auf die in diesem Vertrag ausdrücklich Bezug genommen wird, einen wesentlichen Bestandteil dieses Vertrages dar.
- 24.2. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Aus Beweisgründen ist für Änderungen, Nebenabreden und Ergänzungen dieses Vertrages die Schriftform zu wählen. Die gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses selbst.
- 24.3. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Vertragssprache ist Deutsch.
- 24.4. Erfüllungsort ist der Ort des Bauvorhabens, mithin Bochum. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Bochum, soweit beide Vertragsparteien Kaufleute und/oder juristische Personen des öffentlichen Rechts sind.
- 24.5. Sollten Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit später verlieren, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Dies gilt auch, soweit sich in diesem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksame bzw. fehlende Klausel durch eine gleichwertige, rechtlich zulässige Bestimmung zu ersetzen.